

Antwort der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Alfred Hartenbach, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Hermann Bachmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/4262 –

Bürgernahe und leistungsstarke moderne Justiz

Die Justiz als dritte Säule unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaats muß modernisiert werden. Die Richterinnen und Richter haben gemeinsam mit den Anwältinnen und Anwälten, wie auch den anderen Justizangehörigen und Organen der Rechtspflege, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich geprägt und gefestigt. Ihre Aufgabe erschöpfte sich dabei keineswegs in der Entscheidung von Streitfragen und damit in der Lösung von Konflikten zur Sicherung des Rechtsfriedens; ihre Aufgabe war und ist es vielmehr vor allem, den Schutz des Schwächeren zu gewährleisten, die Durchsetzung von Grundrechten zu sichern und die Rechtsgüterordnung des Grundgesetzes in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Nur eine leistungsfähige und bürgernahe Justiz kann diese Aufgaben eines modernen sozialen Rechtsstaats erfüllen und damit zugleich wichtige Voraussetzungen für den inneren Frieden und die soziale und wirtschaftliche Stabilität garantieren.

In den letzten Jahren sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Justiz in einigen Bereichen immer deutlicher sichtbar geworden: Bürokratische Verkrustungen und Mängel bei Bürgernahe und Transparenz der Verfahren müssen beseitigt, außerdem muß eine wachsende Zahl neuer Aufgaben zusätzlich bewältigt werden, die insbesondere mit der deutschen Einheit, der zunehmenden europäischen Integration, den tiefgreifenden sozialen Umwälzungen oder mit neuen gesetzgeberischen Entscheidungen zusammenhängen. Zusätzliche Stellen dafür sind weder für Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger noch für die übrigen Bereiche zu erhalten – zusätzlicher Druck mit dem Ziel finanzieller Einsparungen ist aufgrund der leeren öffentlichen Kassen eher wahrscheinlich.

Der Deutsche Bundestag hat in den letzten Jahren vermehrt mit sog. Beschleunigungs- und Entlastungsgesetzen auf diese Lage reagiert. Als vorläufig letztes in dieser Reihe ist das „Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege“ am 1. März 1993 in Kraft getreten (BGBl. I S. 50). Schon vor seiner Verabschiedung waren erheb-

liche Bedenken laut geworden: Nicht nur aus rechtsstaatlichen Gründen wurde Kritik an den teilweise rigorosen Einschränkungen von Verfahrensabläufen, Urteilsbegründungen und Rechtsmitteln sowohl im Zivil- wie auch im Strafprozeß geübt. Außerdem hat die gerichtliche Praxis den behaupteten, weil erwünschten Entlastungseffekt bezweifelt und dargelegt, daß die an sich begrüßenswerte Verlagerung von Kompetenzen auf die Amtsgerichte wegen der immer komplexer werdenden Sachverhalte (Bauprozesse, Arzthaftungsprozesse) nur mit erheblich gesenkten Personenschlüsseln und besserer sachlicher Ausstattung (z. B. mit Literatur) machbar sei, um die Kapazitäten der Gerichte nicht zu überfordern.

Solche Schritte zur Beschleunigung und Entlastung reichen aber allein nicht aus. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind vielmehr davon überzeugt, daß die Justiz insgesamt gründlich reformiert werden muß, um die Aufgaben des modernen sozialen Rechtsstaats wirksam und bürgernah unterstützen zu können.

Wir halten insbesondere Maßnahmen zur

- Mobilisierung der Binnenreserven durch breitere Qualifizierung, verbesserte Arbeitsabläufe und moderne Organisationsformen,
- Reform und Vereinheitlichung der Verfahren,
- Stärkung der Bedeutung der Eingangsgerichte,
- vernünftige Schwerpunktsetzung bei der Verteilung der vorhandenen Ressourcen,
- Einführung und Stärkung der vor- und außergerichtlichen Streitschlichtung,
- Ausbau und verbesserte Einbeziehung der sozialen Dienste der Justiz
- sowie Verbesserung und Vereinfachung der Bundesgesetze

für erforderlich. Die dafür notwendigen Vorschläge werden wir Schritt für Schritt in die Beratungen des Deutschen Bundestages einbringen; begonnen haben wir mit unserem „Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenver-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 18. Juni 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

kehrsgesetzes und der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte“ (Drucksache 13/3691).

Vor neuen gesetzgeberischen Beschlüssen müssen in den Beratungen des Deutschen Bundestages die Ergebnisse und Auswirkungen der bereits beschlossenen Gesetze berücksichtigt werden. Sie sind aus den Berichten des Bundesministeriums der Justiz über die bisherigen Auswirkungen des Rechtspflegeentlastungsgesetzes allein nicht ersichtlich.

Vorbemerkung

Der Antwort liegt das Zahlenmaterial zugrunde, das der Bundesregierung aufgrund der vorhandenen Statistiken und der zusätzlichen Angaben der Landesjustizverwaltungen zur Verfügung steht. Die Fragen konnten nicht vollständig beantwortet werden, da die benötigten Daten nicht oder nur teilweise vorlagen. Angaben für die neuen Länder waren für die Jahre 1992 und 1993 meist nicht möglich, weil viele Statistiken dort erst seit 1994 oder 1995 geführt werden.

Das vorliegende Tatsachenmaterial zeigt, daß in den vergangenen Jahren die Belastung vor allem der Ziviljustiz weiter zugenommen hat. Weitere Anstrengungen zur Entlastung der Justiz sind erforderlich, denn eine gut funktionierende Rechtspflege ist für unseren Rechtsstaat unverzichtbar. Möglichkeiten, die Geschäftsbelastung der Gerichte zu verringern und insbesondere die Binnenreserven der Justiz zu mobilisieren, müssen konsequent genutzt werden.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die außergerichtliche Streitbeilegung und strukturelle Veränderungen in der Justiz besonders gefördert werden sollten. Durch den Ausbau der außergerichtlichen Streitbeilegung können die in der Justiz anfallenden Aufgaben in einem gewissen Umfang verlagert und die Geschäftsbelastung gesenkt werden. Strukturelle Veränderungen können die Geschäftsbelastung der Gerichte zwar nicht vermindern. Eine Verbesserung der Ausstattung, der Arbeitsabläufe und der Organisation der Gerichte kann aber dazu beitragen, den Geschäftsanfall einfacher und besser zu bewältigen.

Die Bundesregierung hat sich wiederholt zu allen Maßnahmen bekannt, die geeignet sind, Gerichtsverfahren ohne Beeinträchtigung der Wahrheitsfindung und der berechtigten rechtsstaatlichen Interessen der Bürger zu beschleunigen und zu straffen. Sie verweist im übrigen auf ihre Stellungnahmen zum „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege (strafrechtlicher Bereich)“ (Drucksache 13/4541 S. 32 ff.) und zum „Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ (Drucksache 13/6398 S. 43 ff.).

I. Zivilprozeß

- 1.1 Wie haben sich die Eingangs- und die Erledigungszahlen nach der Erhöhung der Streitwertgrenze von 6 000 DM auf 10 000 DM in den Jahren 1993 bis 1995 im Vergleich zu 1992 bei den Amtsgerichten entwickelt?

- 1.2 Wie hoch ist dabei der Anteil der Verfahren

- mit einem Streitwert bis 6 000 DM,
- mit einem Streitwert von 6 000 DM bis 10 000 DM,
- aus Mietverhältnissen über Wohnraum?

In den alten Ländern stieg die Zahl der Neueingänge bei den Amtsgerichten zwischen 1992 und 1995 von 1 261 405 auf 1 434 600 um 13,7 % an. 1993 gingen dort 1 455 094 Verfahren, 1994 1 456 459 Verfahren neu ein. Erst 1995 sank die Zahl der Neueingänge bei den Amtsgerichten in den alten Ländern wieder geringfügig. Diese Entwicklung der Eingangszahlen bei den Amtsgerichten ist nicht allein auf die Anhebung der Wertgrenze in § 23 Nr. 1 GVG von 6 000 auf 10 000 DM durch das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege zurückzuführen; sie ist auch bedingt durch den deutlichen Anstieg der erstinstanzlichen Zivilverfahren im Jahr 1993. Die Zahl der erstinstanzlichen Zivilverfahren nahm von 1 648 292 im Jahr 1992 auf 1 812 114 im Jahr 1993 um 9,9 % zu. Seit 1994 gehen die Neueingänge bei den erstinstanzlichen Zivilgerichten dann zwar wieder zurück, sind jedoch weiterhin deutlich höher als 1992.

Die Zahl der Erledigungen (ohne Verweisungen und Abgaben an ein anderes Gericht) stieg von 1992 bis 1995 bei den Amtsgerichten der alten Länder von 1 091 118 auf 1 326 655 um 21,6 % an. 1993 wurden dort bei den Amtsgerichten 1 270 720 Verfahren, 1994 1 365 509 Verfahren erledigt. 1995 ging die Zahl der Erledigungen wieder geringfügig zurück. Der Anteil der amtsgerichtlichen Zivilverfahren mit einem Streitwert bis 6 000 DM an den Erledigungen ging von 1992 bis 1995 von 92,1 % auf 82,8 % zurück. Der Anteil der Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum an den insgesamt erledigten Verfahren betrug 1992 20,3 %, 1995 17,3 %. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Verfahren mit einem Streitwert von über 6 000 bis 10 000 DM an den Erledigungen von 4,3 % auf 12,5 %.

Für die Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen liegen Zahlen erst ab 1994, für Mecklenburg-Vorpommern nur für das Jahr 1995 vor. In Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sank von 1994 auf 1995 bei den Amtsgerichten die Zahl der Neueingänge, während die Zahl der Erledigungen anstieg. Der Anteil der erledigten Zivilverfahren mit einem Streitwert bis zu 6 000 DM nahm auch dort ab, während der Anteil der Verfahren mit einem Streitwert von über 6 000 bis 10 000 DM anstieg. Anders als in den alten Ländern nahm aber im gleichen Zeitraum der Anteil der Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum an den Erledigungen weiter zu.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 18 ff. Bezug genommen.

2. Wie ist die entsprechende Entwicklung bei den Landgerichten verlaufen
- bei Verfahren im ersten Rechtszug,
 - bei Berufungsverfahren gegen Urteile der Amtsgerichte?

Von 1992 bis 1995 sank die Zahl der neueingegangenen erstinstanzlichen Zivilverfahren bei den Landgerichten in den alten Ländern nur um 13,3 % von 386 887 auf 335 353. Die Zahl der erledigten erstinstanzlichen Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungssachen) stieg zwischen 1992 und 1993 zunächst von 365 980 auf 377 430 und ging dann bis 1995 auf 329 666 zurück. Der Anteil der Verfahren mit einem Streitwert bis zu 10 000 DM an den Erledigungen der erstinstanzlichen Kammern sank von 1992 bis 1995 von 34,9 auf 8,0 %.

Die Zahl der Berufungsverfahren erhöhte sich bei den Landgerichten der alten Länder von 1992 bis 1994 um 12,1 % von 81 425 auf 91 317. 1995 ging sie wieder leicht auf 88 920 zurück. Die Zahl der erledigten Berufungsverfahren stieg zwischen 1992 und 1995 von 83 417 auf 87 958 an. Während der Anteil der Verfahren mit einem Streitwert bis zu 6 000 DM an den Erledigungen zwischen 1992 und 1995 von 84,8 % um 15,8 % auf 69,0 % sank, stieg der Anteil der Verfahren mit einem Streitwert von über 6 000 bis 10 000 DM von 7,4 % auf 21,9 %. Der Anteil der Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum an den Erledigungen betrug 1992 27,8 %, 1995 21,4 %.

Für die neuen Länder liegen Zahlen erst für 1994 oder 1995 vor. In diesem Zeitraum verlief die Entwicklung der Berufungsverfahren bei den Landgerichten der neuen Länder im wesentlichen wie in den alten Ländern, während sich die Erledigungen noch anders entwickelt haben. Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 18 ff. verwiesen.

3. Welche Entwicklung ergab sich bei den Oberlandesgerichten?

Bei den Oberlandesgerichten in den alten Ländern verringerte sich die Zahl der Neueingänge von 1992 bis 1995 um ca. 8,2 % von 60 313 auf 55 361, die Zahl der Erledigungen um ca. 5,1 % von 59 635 auf 56 612.

In den neuen Ländern stiegen die Erledigungszahlen und teilweise auch die Eingangszahlen zwischen 1994 und 1995 noch an. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die im Anhang abgedruckte Tabelle S. 18 ff. Bezug genommen.

- 4.1 Ist bei den Richtern an den Amtsgerichten ein meßbarer Entlastungseffekt festzustellen durch
- die Möglichkeit, bei nicht rechtsmittelfähigen Urteilen von der Darstellung von Tatbestand und Urteilsgründen abzusehen (§ 313 ZPO),
 - die schon in 1992 erfolgte Erhöhung der Wertgrenze beim vereinfachten Verfahren (§ 495 a ZPO)?

4.2 Wenn ja, wie stellt sich dieser Effekt dar?

Nach § 313 a Abs. 1 Satz 1 ZPO in der Fassung des am 1. März 1993 in Kraft getretenen Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) können die Zivilgerichte allgemein, also nicht nur die Amtsgerichte, sondern auch die übergeord-

neten Gerichte, im Urteil von der in § 313 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 2 ZPO vorgeschriebenen Darstellung des Sach- und Streitstandes (Tatbestand) absehen, wenn ein Rechtsmittel gegen das Urteil unzweifelhaft nicht eingelegt werden kann. Das gleiche gilt nach § 313 a Abs. 1 Satz 2 ZPO für die Entscheidungsgründe, sofern die Parteien zusätzlich spätestens am zweiten Tag nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung auf sie verzichten. Vor dem Inkrafttreten des Rechtspflegeentlastungsgesetzes konnte bei der Abfassung des Urteils auch der Tatbestand nur unter der zuletzt genannten Voraussetzung eines Verzichts der Parteien weggelassen werden.

Neben der vorgenannten Vereinfachung hatten die Amtsgerichte nach dem durch das Rechtspflegevereinfachungsgesetz vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) eingeführten § 495 a ZPO zunächst bei Streitwerten bis 1 000 DM die Möglichkeit, das Verfahren nach billigem Ermessen zu bestimmen sowie bei der Abfassung des Urteils von der Darstellung des Tatbestandes ohne weiteres und von der Aufnahme der Entscheidungsgründe in das Urteil dann abzusehen, wenn ihr wesentlicher Inhalt in das Protokoll aufgenommen wird. Durch das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 sind diese Vereinfachungen auf Streitwerte bis 1 200 DM ausgeweitet worden.

In den zu den Fragen vorliegenden Stellungnahmen der gerichtlichen Praxis wird nahezu übereinstimmend berichtet, daß die Möglichkeit, bei nicht rechtsmittelfähigen Urteilen von der Darstellung des Sach- und Streitstandes abzusehen (§ 313 a Abs. 1 Satz 1, § 495 a Abs. 2 Satz 1 ZPO), zu einer merklichen Entlastung bei den Amtsgerichten geführt hat. Diese ist allerdings nicht meßbar, da die Urteile ohne Tatbestand statistisch nicht besonders erfaßt werden.

Hinsichtlich des nach § 313 a Abs. 1 Satz 2 ZPO möglichen Verzichts der Parteien auf die Darstellung der Entscheidungsgründe ist nach den Berichten der Praxis eine Entlastungswirkung praktisch nicht zu verzeichnen, da die Parteien von der Verzichtsmöglichkeit kaum Gebrauch machen.

In der Ziviljustizstatistik erfaßt werden die durch streitiges Urteil beendeten vereinfachten Verfahren nach § 495 a ZPO, ohne daß nähere Einzelheiten über die Art der Vereinfachung des Verfahrens und des Urteils erhoben werden. Zahl und Anteil dieser Verfahren an den von den Amtsgerichten insgesamt erledigten Prozessen betragen:

— in den alten Ländern

1992: 44 874 (3,7 % der 1 200 665 insgesamt erledigten Prozesse)

1993: 78 958 (5,8 % der 1 366 092 insgesamt erledigten Prozesse)

1994: 87 806 (6,0 % der 1 465 813 insgesamt erledigten Prozesse)

1995: 87 890 (6,2 % der 1 422 781 insgesamt erledigten Prozesse);

— in den neuen Ländern

1994: 6 072 (3,2 % der 190 028 insgesamt erledigten Prozesse)

1995: 9 101 (3,7 % der 248 888 insgesamt erledigten Prozesse).

In den Rechtsstreitigkeiten vor den Amtsgerichten mit Streitwerten bis 1 200 DM (1994 etwa 740 000) wird danach in etwa 13 % bzw. jedem siebenten bis achten Fall, in dem es vom Streitwert her möglich gewesen wäre, das vereinfachte Verfahren nach § 495a ZPO angeordnet. Zu dem insgesamt zurückhaltenden Gebrauch der Vereinfachungsmöglichkeit wird aus der Praxis darauf hingewiesen, daß sich ihr Anwendungsbereich, nachdem die anfängliche Unsicherheit in den Gestaltungsmöglichkeiten durch die verfassungsgerechte Rechtsprechung weitgehend ausgeräumt sei, auf tatsächlich und rechtlich einfach gelagerte Fälle beschränkt.

5. Gibt es Feststellungen darüber, ob durch die Erhöhung des Streitwertes die Anzahl rechtlich komplizierter Verfahren, wie der Arzthaftungs- und Bauprozesse, bei den Amtsgerichten gestiegen ist und damit erhöhte Anforderungen an die Richterinnen und Richter gestellt werden?

Die Zahl der vor den Amtsgerichten verhandelten Zivilprozesse, die als rechtlich kompliziert zu bezeichnen sind, ist den vorliegenden Statistiken nicht annäherungsweise zu entnehmen. In der Ziviljustizstatistik erfaßt werden lediglich die Bau- und Architektenprozesse. Ihre Zahl und ihr Anteil an den von den Amtsgerichten insgesamt erledigten Prozessen betragen:

— in den alten Ländern

1992: 9 722 (0,8 % der 1 200 665 insgesamt erledigten Prozesse)

1993: 10 607 (0,8 % der 1 366 092 insgesamt erledigten Prozesse)

1994: 12 121 (0,8 % der 1 465 813 insgesamt erledigten Prozesse)

1995: 12 305 (0,9 % der 1 422 781 insgesamt erledigten Prozesse);

— in den neuen Ländern

1994: 1 474 (0,8 % der 190 028 insgesamt erledigten Prozesse)

1995: 2 107 (0,8 % der 248 888 insgesamt erledigten Prozesse).

Es ist danach von 1992 auf 1995 in den alten Ländern ein Anstieg dieser Streitigkeiten um 26,6 % zu verzeichnen, in den neuen Ländern von 1994 auf 1995 eine Zunahme von 42,9 %. Der Anteil dieser Streitigkeiten an den insgesamt von den Amtsgerichten erledigten Prozessen ist in dem jeweiligen Zeitraum in den neuen Ländern nicht und in den alten Ländern um lediglich 0,1 % gestiegen.

In den zu der Frage vorliegenden Stellungnahmen der Landesjustizverwaltungen wird nahezu übereinstimmend berichtet, daß nach Einschätzung der gericht-

lichen Praxis seit der Erhöhung der Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte von 6 000 auf 10 000 DM die Zahl der in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht schwierigeren Verfahren zugenommen hat.

Die Zunahme wird vor allem bei größeren Amtsgerichten als deutlich spürbar bezeichnet. Hingewiesen wird u. a. auf eine qualitative Mehrbelastung durch häufiger anfallende Restabrechnungsprozesse aus Bau- und Architektenverträgen mit einer Vielzahl von Einzelpositionen, Haftungsprozesse gegen Ärzte und Zahnärzte sowie gegen Banken wegen Verstoß gegen die Beratungspflicht in Anlagegeschäften. Rechtsstreitigkeiten über nichtvermögensrechtliche Ansprüche oder Streitigkeiten des Erbschaftsrechts, Transportrechts, Handelsrechts und anderer Rechtsgebiete, die in den Verfahren vor den Amtsgerichten vorher selten oder nicht in Erscheinung getreten sind.

Mit diesen Rechtsstreitigkeiten sind den Berichten zufolge nicht unbedingt die Anforderungen in rechtlicher Hinsicht gestiegen, wohl aber erheblich der Zeitaufwand für die Sichtung und Aufbereitung des im allgemeinen umfangreichen Tatsachenstoffs und die regelmäßig notwendigen umfangreichen Beweiserhebungen durch Einholung von Sachverständigengutachten, Einnahme des Augenscheins und Vernehmung von Zeugen. Die Streitigkeiten ließen sich zudem nur schwer in die übliche Terminstruktur der Amtsgerichte mit einer Vielzahl von Verhandlungen pro Sitzungstag einfügen.

- 6.1 In welchem Umfang wird nach der Neufassung des § 348 ZPO, in der das Einzelrichterprinzip bei den Zivilkammern von einer Kann-Bestimmung zu einer Soll-Bestimmung erhoben worden ist, vom Einzelrichterprinzip Gebrauch gemacht?
- 6.2 Ist eine Zunahme der Verfahren vor den Einzelrichtern oder eher ein Rückgang zu verzeichnen?

Von den im ersten Rechtszug in die Zuständigkeit der Zivilkammern fallenden Rechtsstreitigkeiten sind in den alten Ländern von einem Mitglied der Kammer als Einzelrichter erledigt worden:

1992: 26,2 % (80 489) der insgesamt 307 642,

1993: 28,5 % (89 569) der insgesamt 314 179,

1994: 32,0 % (90 468) der insgesamt 282 468,

1995: 34,2 % (93 974) der insgesamt 274 716

erledigten Prozesse.

In den neuen Ländern, für die diese Zahlen erst ab 1994 nachgewiesen werden können, waren dem Einzelrichter übertragen:

1994: 19,3 % (8 763) der insgesamt 46 063,

1995: 20,7 % (12 514) der insgesamt 60 473

erledigten Prozesse.

In den alten Ländern ist danach von 1992 auf 1995 die Zahl der Verfahren vor den Einzelrichtern von 80 489 um 13 485 auf 93 974 Verfahren gestiegen, ihr Anteil an den von Einzelrichter und Kammer insgesamt er-

ledigten Verfahren von 26,2 % um 8,0 auf 34,2 %. In den neuen Ländern nahm von 1994 auf 1995 die Zahl der den Einzelrichtern zur Entscheidung übertragenen Verfahren um 3 751 Verfahren zu; ihr Anteil stieg von 19,3 % auf 20,7 %.

Die Entwicklung in den einzelnen Ländern kann der Tabelle S. 26 entnommen werden.

Die Übertragungsquote ist danach in nahezu allen Ländern gestiegen. Von den Ländern mit traditionell niedrigem Anteil von Verfahren vor den Einzelrichtern (Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen) hat sie mit 1992: 6,5 % auf 1995: 25 % in Berlin am stärksten zugenommen. Der teilweise geringe Einsatz des Einzelrichters in den neuen Ländern wird auf die Besetzung der Kammern mit einem derzeit noch hohen Anteil von Proberichtern und Richtern ohne ausreichende Berufserfahrung zurückgeführt.

- 6.3 Ist bei den Landgerichten, in denen das Einzelrichterprinzip verstärkt zur Anwendung gelangt, eine spürbare Entlastung festzustellen?

Die Gerichte, bei denen das Einzelrichterprinzip verstärkt zur Anwendung kommt, bejahen eine Entlastungswirkung. Ihr Ausmaß bewerten sie unterschiedlich. Ein Teil der Gerichte bezeichnet es als spürbar, ein anderer als allenfalls gering und statistisch nicht meßbar. Jedoch ist unbestritten, daß sich durch den verstärkten Einsatz des Einzelrichters die für die Behandlung der Einzelsache verfügbare Zeit grundsätzlich erhöht.

Eine Gegenüberstellung des Anteils der dem Einzelrichter übertragenen Verfahren (Einzelrichterquote) und der Zahl der erledigten Verfahren, die durchschnittlich auf jeden der den Zivilkammern zugewiesenen Richter entfielen (Erledigungsquote), enthält die auf S. 26 abgedruckte Tabelle. Daraus ergibt sich für 1994 und 1995 (für 1992 und 1993 liegen die für die Gegenüberstellung erforderlichen Zahlen der Personalstatistik nicht vor) folgendes Bild:

In den neuen Ländern, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen, Ländern mit vergleichsweise niedriger Einzelrichterquote, ist mit einem verstärkten Einsatz des Einzelrichters eine Zunahme der Erledigungsquote einhergegangen. Demgegenüber hat in den Ländern mit mittlerer und hoher Einzelrichterquote (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein) – auch soweit der Einzelrichtereinsatz hier noch verstärkt worden ist – die Erledigungsquote nicht zugenommen, sondern teilweise abgenommen. Dies deutet darauf hin, daß die Entlastungswirkung in diesen Ländern teilweise an ihre Grenzen stößt.

Aus den Zahlen ist nicht zu schließen, daß eine hohe Erledigungskapazität allein durch einen verstärkten Einsatz des Einzelrichters erreichbar ist. Auch bei Gerichten mit geringfügigem Einsatz des Einzelrichters, die nahezu ausschließlich das Kammersystem anwenden, wird eine hohe Erledigungsquote erreicht.

- 6.4 Werden Verfahren durch eine verstärkte Anwendung des Einzelrichterprinzips an diesen Gerichten in ihrer Gesamtheit in kürzeren Zeitabständen erledigt als an Gerichten, die mehr dem hergebrachten Kammersystem anhängen?

Ein signifikanter Unterschied in der durchschnittlichen Verfahrensdauer bei Gerichten, die verstärkt das Einzelrichterprinzip anwenden, und bei Gerichten, die mehr dem Kammersystem anhängen, ist nach nahezu übereinstimmender Einschätzung der gerichtlichen Praxis nicht festzustellen.

Nach den Berichten der Länder ist zwar in den dem Einzelrichter übertragenen Verfahren von einer Zeitersparnis infolge des Wegfalls der Kammerberatungen und der schriftlichen Votierung zum Termin und von häufig deutlich kürzeren Terminständen als in den von der Kammer bearbeiteten Verfahren auszugehen. Dem stehen nach den Beobachtungen der Praxis vor dem Einzelrichter jedoch eine nachlassende Bereitschaft der Parteien zur unstreitigen Erledigung des Rechtsstreits im frühen ersten Termin und ein zunehmender Aufwand bei der Durchführung der Beweisaufnahme gegenüber. Aus den neuen Ländern wird auch darauf hingewiesen, daß den Mitgliedern der Kammern aufgrund der Dienst- und Lebensaltersstruktur des richterlichen Dienstes gelegentlich noch die zur Verfahrensbeschleunigung notwendigen Erfahrungen und auch eine gewisse persönliche Sicherheit fehlten. Dies habe zur Folge, daß bei Wegfall der Kammerberatung ein teilweise größerer Verfahrensaufwand des Einzelrichters zu beobachten sei.

Durch die verstärkte Anwendung des Einzelrichterprinzips ist es auch nicht allgemein zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer in den in die Zuständigkeit der Zivilkammern fallenden Rechtsstreitigkeiten gekommen. Die Ergebnisse der Ziviljustizstatistik über die durchschnittliche Dauer der von Einzelrichter und Kammer insgesamt erledigten Verfahren, die in der Tabelle auf S. 26 abgedruckt sind, lassen in fast allen Ländern eher eine Tendenz zu einer Zunahme der Verfahrensdauer erkennen.

- 6.5 Kann sich die Bundesregierung vorstellen, daß Verfahren durch konsequente Anwendung des Einzelrichterprinzips insgesamt noch effektiver und ohne Qualitätsverluste bei den Gerichten bearbeitet werden können?

Der Bundesrat hat in dem von ihm vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Drucksache 13/6368) zur Stärkung des Einzelrichterprinzips vorgeschlagen, für die in die Zuständigkeit der erstinstanzlichen Zivilkammern fallenden Streitigkeiten bis 30 000 DM eine originäre Zuständigkeit des Einzelrichters zu begründen. Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf erklärt, daß sie diesem Vorschlag nicht entgegneten wird.

- 6.6 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob die Urteile von Einzelrichtern eher der Anfechtung durch ein Rechtsmittel unterliegen, mithin bei den Parteien weniger Akzeptanz finden, als die Urteile des Kollegialgerichts?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die Urteile von Einzelrichtern eher der Anfechtung durch ein Rechtsmittel unterliegen als Urteile, die in kollegialer Besetzung der Zivilkammern ergehen. Die vorliegenden statistischen Daten deuten darauf hin, daß gegen Urteile der Kammern häufiger Berufung eingelegt wird als gegen Urteile des Einzelrichters.

In den alten Ländern sind von einem Mitglied der Zivilkammer als Einzelrichter entschieden worden:

1992: 39,3 % (36 986) der 94 058,
1993: 43,4 % (40 157) der 92 621,
1994: 47,4 % (39 708) der 83 735,
1995: 50,3 % (40 474) der 80 539 von

Einzelrichter und Kammer insgesamt durch streitiges Urteil erledigten Prozesse.

Aus den neuen Ländern liegen entsprechende Zahlen nur für 1994 und 1995 und insoweit auch nur für die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt vor. In diesen beiden Ländern wurden vom Einzelrichter entschieden:

1994: 29,8 % (1 641) der 5 511,
1995: 36,7 % (2 497) der 6 796 von

Einzelrichter und Zivilkammer insgesamt durch streitiges Urteil erledigten Verfahren.

Den Urteilen des Einzelrichters und den Urteilen der Kammer lassen sich die gegen sie eingelegten Berufungen nicht unmittelbar zuordnen, da die Ziviljustizstatistik die Berufungsverfahren mit den für diese Zuordnung notwendigen Merkmalen des erstinstanzlichen Verfahrens nicht schon im Jahr ihres Eingangs, sondern erst im Jahr ihrer Erledigung erfaßt. Die auf S. 26 abgedruckte Tabelle gibt daher nur einen ungefähren Anhaltspunkt für die Anfechtungshäufigkeit und weist für die Urteile des Einzelrichters und der Kammer nicht die tatsächliche Anfechtungsquote aus.

Die Tatsache, daß die bei den Oberlandesgerichten erhobenen Daten regelmäßig eine deutlich niedrigere Zahl erledigter Berufungsverfahren gegen Urteile der Einzelrichter ausweisen als gegen Urteile der Kammern, deutet darauf hin, daß die Entscheidungen der Kammern eher der Anfechtung unterliegen als die der Einzelrichter. Hierzu wird aus der gerichtlichen Praxis darauf hingewiesen, daß die in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht schwierigeren und wirtschaftlich bedeutsameren Verfahren, die eher zu einer Fortführung des Rechtsstreits in der Berufungs- und ggf. auch in der Revisionsinstanz neigen, nicht dem Einzelrichter übertragen werden. Der durchschnittliche Streitwert der dem Einzelrichter übertragenen Verfahren betrug in den alten Ländern 1992: 32 669 DM, 1993: 38 893 DM, 1994: 40 778 DM. In den von den Zivil-

kammern in kollegialer Besetzung erledigten Verfahren betrug er 1992: 79 084 DM, 1993: 81 061 DM, 1994: 98 138 DM.

- 6.7 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie hoch die Zahl der von den Senaten der Oberlandesgerichte aufgehobenen Urteile
- der Einzelrichter,
 - der Kollegialgerichte jeweils in den Jahren 1993 bis 1995 gewesen ist?

Zu der Frage liegen aus einem Teil der Länder Stellungnahmen der gerichtlichen Praxis vor. Diese stimmen darin überein, daß die Berufungen gegen Urteile der Einzelrichter nicht häufiger zu einer Aufhebung oder Änderung des angefochtenen Urteils führen als die Berufungen gegen Urteile, die in kollegialer Besetzung der Zivilkammern ergehen.

Nach den dem Bundesministerium der Justiz für die Jahre 1993 und 1994 zur Verfügung stehenden Daten der Zählkartenerhebung bei den Oberlandesgerichten der alten Länder hatten die Berufungen folgendes Ergebnis:

Zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung des Verfahrens an die erste Instanz führten

- gegen Urteile des Einzelrichters
1993: 160 (1,1 %) der erledigten 14 198 Berufungen;
1994: 258 (1,7 %) der erledigten 15 100 Berufungen;
- gegen Urteile der Zivilkammer
1993: 767 (1,9 %) der erledigten 39 478 Berufungen;
1994: 706 (1,9 %) der erledigten 36 224 Berufungen.

Zu einer Änderung des angefochtenen Urteils und/oder eigenen Sachentscheidung des Berufungsgerichts führten

- gegen Urteile des Einzelrichters
1993: 2 473 (17,4 %) der erledigten 14 198 Berufungen;
1994: 2 792 (18,5 %) der erledigten 15 100 Berufungen;
- gegen Urteile der Zivilkammer
1993: 7 457 (18,9 %) der erledigten 39 478 Berufungen;
1994: 6 867 (19,0 %) der erledigten 36 224 Berufungen.

- 7.1 Hat eine mögliche Änderung der Eingangszahlen in den einzelnen Bundesländern auch zu einer Veränderung (Erhöhung oder Verringerung) der besetzten Stellen für
- Richterinnen und Richter,
 - Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger,
 - zu einer „Umverteilung“ von besetzten Stellen zwischen Land- und Amtsgerichten,
 - zu einer Veränderung des „Folgepersonals“ geführt?
- 7.2 Wie hat sich die Situation in den Bundesländern in den Jahren 1992 bis 1995 entwickelt?

Bei den Amtsgerichten in fast allen alten Ländern erhöhte sich von 1992 bis 1995 die Zahl der Zivilrichter. Von 1992 bis 1995 stieg dort die Zahl der Zivilrichter um ca. 383 an. In den meisten alten Ländern nahm in diesem Zeitraum auch die Zahl der Rechtspfleger und der Beschäftigten im mittleren und Schreibdienst zu, die bei den Amtsgerichten mit Zivilsachen betraut waren. Dagegen ging bei den Landgerichten in den alten Ländern mit Ausnahme Berlins zwischen 1992 und 1995 die Zahl der mit Zivilsachen betrauten Richter zurück. Dort waren 1992 ca. 2 789 Zivilrichter, 1995 nur noch ca. 2 606 Zivilrichter tätig. In den meisten Ländern verringerte sich bei den Landgerichten auch die Zahl der im Bereich der Zivilsachen eingesetzten Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes. Auch bei den Oberlandesgerichten in den alten Ländern ging von 1992 bis 1995 die Zahl der Richter, Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes zurück, die mit Zivilsachen betraut waren.

Für die neuen Länder liegen Angaben erst ab dem Jahr 1994 oder 1995 vor. Von 1994 auf 1995 stieg in den neuen Ländern sowohl die Zahl der Zivilrichter bei den Amts-, Land- als auch bei den Oberlandesgerichten. In fast allen diesen Ländern erhöhte sich bei den Oberlandesgerichten, Land- und Amtsgerichten auch die Zahl der mit Zivilsachen betrauten Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 27 ff. verwiesen.

7.3 Hat sich der Pensenschlüssel verändert?

Für Zivilsachen wurden die Bewertungszahlen für den Personalbedarf („Pensenschlüssel“) für den richterlichen Dienst und für den mittleren und Schreibdienst geändert. Im richterlichen Bereich wurden die Bewertungszahlen für die Zivilprozeßsachen bei den Amtsgerichten sowie für die Verfahren 1. Instanz und die Berufungsverfahren vor den Kammern für Handels-sachen herabgesetzt. Im Bereich des mittleren und Schreibdienstes wurden die Multiplikatoren, die den Personaleinsatz, bezogen auf den Einsatz der Richter und Beamten des gehobenen Dienstes, bestimmen, für Zivilsachen bei den Oberlandesgerichten, den Landgerichten und den Amtsgerichten verkleinert.

- 8.1 Kann sich die Bundesregierung vorstellen, daß weitere Entlastungsmöglichkeiten für die Zivilgerichtsbarkeit bestehen – neben den noch nachzuweisenden Entlastungseffekten aus dem „Rechtspflegeentlastungsgesetz“ – etwa durch verstärkte Nutzung von Schieds- und Schlichtungsstellen (§ 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO)?

Das Potential zur Entlastung der Ziviljustiz durch Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung ist noch nicht ausgeschöpft. Aus der von der Prognos AG (Basel) und dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer im Jahre 1990 durchgeführten Unter-

suchung zum Thema „Mögliche Entwicklungen im Zusammenspiel von außer- und innergerichtlichen Konfliktregelungen“ geht hervor, in welchem Umfang außergerichtliche Stellen zur Entlastung der Gerichte beitragen können. Nach dieser Studie soll die Zahl der Zivilklagen von 1,66 Mio. im Jahr 1987 auf etwa 2,5 Mio. im Jahre 2000 ansteigen, wenn das Angebot an vorgerichtlichen Beratungs- und Schlichtungsstellen nicht erweitert wird. Bei einer geeigneten Förderung dieser Stellen soll dagegen die Zahl der Eingänge bei den Zivilgerichten etwa auf dem Stand von 1987 gehalten werden können (s. Speyerer Forschungsberichte Nr. 88, Mögliche Entwicklungen im Zusammenspiel von außer- und innergerichtlichen Konfliktregelungen, Speyer, 1990). In den alten Ländern waren im Jahr 1993 ca. 1,81 Mio. Eingänge in erstinstanzlichen Zivilsachen zu verzeichnen. 1994 hat sich der Geschäftsanfall auf diesem hohen Niveau stabilisiert. Angesichts dieser Zahlen erscheint zwar die prognostizierte Steigerung des Geschäftsanfalls bis zum Jahre 2000 um 50 % übersetzt, aber selbst bei einer Zunahme der Eingänge in erstinstanzlichen Zivilsachen im Umfang der letzten acht Jahre würde die Mehrbelastung der Justiz im Jahre 2000 gegenüber 1987 ohne eine beträchtliche Personalvermehrung nicht bewältigt werden können.

Das durch außergerichtliche Streitbeilegung zu erschließende Filterpotential muß unter diesen Umständen ausgeschöpft werden. Eine große Zahl unterschiedlicher Schieds- und Schlichtungsstellen bietet Unterstützung bei der Suche nach einer außergerichtlichen Konfliktlösung. Zu erwähnen sind hier insbesondere die aufgrund gesetzlicher Verpflichtung bei allen Handwerkskammern eingerichteten Schiedsstellen des Kfz-Handwerks und des Gebrauchtwagenhandels, die bei den Ärztekammern, Zahnärztekammern, Tierärztekammern und Apothekerkammern eingerichteten Gutachter- und Schlichtungsstellen, die an einigen Orten existierenden Miet- und Bauschlichtungsstellen. Einige dieser Einrichtungen sind von den Landesjustizverwaltungen als Gütestellen im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO anerkannt. Doch leider sind sie in der Rechtswirklichkeit von nur untergeordneter Bedeutung. Die Zahl der jährlich von diesen Stellen verhandelten Fälle liegt deutlich unter der Zahl der Neueingänge bei den Zivilgerichten und ist im Vergleich zu dem Fallaufkommen bei der Rechtsanwaltschaft verschwindend gering.

Durch eine Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung und infolgedessen verstärkte Nutzung von Schieds- und Schlichtungsstellen bestehen noch Entlastungsmöglichkeiten für die Zivilgerichtsbarkeit. Bei der im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz durchgeführten Studie zu den „Schnittstellen von inner- und außergerichtlicher Konfliktbearbeitung im Zivilrecht“ (Prognos AG) gaben die Auftragnehmer im Hinblick auf Maßnahmen zur Prozeßvermeidung und Justizentlastung die Empfehlung ab, die Transparenz der spezifischen Angebote der verschiedenen vorgehend beratenden und vermittelnden Institutionen und Berufsgruppen sowie die Zugänglichkeit dieser Stellen für die Bürger zu erhöhen. Hierfür ist zunächst erforderlich, daß eine genaue Bestandsaufnahme der in

den jeweiligen Ländern eingerichteten außergerichtlichen Schieds- und Schlichtungsstellen durchgeführt wird und sodann länderspezifische Informationsbroschüren – soweit noch nicht vorhanden – über das Angebot der außergerichtlichen Konfliktregelungsmöglichkeiten herausgegeben werden.

- 8.2 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Schieds- und Schlichtungsstellen als eine Art „Clearingstelle“ dem Zivilprozeß vorzuschalten, wie dies seit langem von der Fraktion der SPD vorgeschlagen wird?

Der vom Bundesrat eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Drucksache 13/6398) sieht in Artikel 2 eine Öffnungsklausel für ein obligatorisches vorgerichtliches Schlichtungsverfahren vor. Sie soll den Ländern bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert 1 000 DM nicht übersteigt, und bestimmten Nachbarschaftsstreitigkeiten die Möglichkeit eröffnen, einer zivilgerichtlichen Klage ein außergerichtliches Schlichtungsverfahren zwingend vorzuschalten. Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme der Öffnungsklausel als einem wichtigen Baustein zur Förderung der außergerichtlichen Streitschlichtung zugestimmt.

Die Öffnungsklausel trägt der unterschiedlichen Organisation und Zahl der Schlichtungsstellen in den Ländern Rechnung. Durch die Möglichkeit in den Ländern verschiedene Schlichtungsverfahren vorzusehen, können auf breiter Grundlage Erfahrungen gesammelt werden. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen kann dann die Frage geprüft werden, inwieweit die landesrechtlichen Regelungen über obligatorische vorgegerichtliche Schlichtungsverfahren weiterentwickelt und vereinheitlicht werden können. Weitere Bereiche, für die ein derartiges Verfahren noch in Betracht käme, sind beispielsweise Arzthaftungsverfahren, Bauprozesse und Streitigkeiten wegen Honoraransprüchen, die auf Gebührenordnungen beruhen.

- 8.3 Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen, den Amtsgerichten zu gestatten, Bagatellverfahren nach einem frühen mündlichen Termin einer Schiedsstelle zur Entscheidung zu überweisen (mit oder ohne Einverständnis der Parteien)?

Die Bundesregierung sieht in diesen Überlegungen keine wirksame Alternative zu einem obligatorischen vorgerichtlichen Schieds- oder Schlichtungsverfahren. Das Entlastungspotential der außergerichtlichen Streitbeilegung für die Ziviljustiz wird nicht ausgeschöpft, wenn Schieds- oder Schlichtungsverfahren erst nach Klageerhebung durchgeführt werden.

Im Zivilprozeß ist das Gericht befugt und verpflichtet, in jeder Lage des Verfahrens auf eine gütliche Einigung zwischen den Parteien hinzuwirken. Das Gericht kann im Rahmen des Güteversuchs auch anregen, daß die Parteien eine Schiedsstelle anrufen. Zur Durch-

führung eines außergerichtlichen Schieds- und Schlichtungsverfahrens können die Parteien die Vertagung oder das Ruhen des Verfahrens beantragen. Ein Recht des Gerichts, das Verfahren nach dem frühen ersten Termin an eine Schiedsstelle zu überweisen, ist deshalb nicht erforderlich, wenn die Parteien einem Schieds- oder Schlichtungsverfahren zustimmen. Lehnt es eine der Parteien ab, ein außergerichtliches Schieds- oder Schlichtungsverfahren durchzuführen, ist eine Überweisung des Verfahrens an eine Schiedsstelle durch das Gericht wenig sinnvoll. Sie würde das Verfahren regelmäßig nur verzögern und verteuern, da nicht erwartet werden kann, daß sich die Parteien in diesen Fällen vor der Schiedsstelle einigen werden. Nach einem erfolglosen Einigungsversuch vor der Schiedsstelle wird dann das Gericht wieder mit dem Rechtsstreit befaßt.

9. Sieht die Bundesregierung in der Verwirklichung eines dreigliedrigen Aufbaus der ordentlichen Justiz mit einheitlichen Eingangsgewichten eine Möglichkeit, Verfahren zeitnah und bürgerfreundlich zu fördern?

Aufgrund einer Bitte des Bundesrats (Drucksache 12/1217, S. 62) hatte das Bundesministerium der Justiz gemeinsam mit den Landesjustizverwaltungen geprüft, inwieweit ein dreigliedriger Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit weitere personelle Entlastungen und eine überzeugendere Abgrenzung der Zuständigkeiten des Amtsrichters, Einzelrichters, des Schöffengerichts und der Kammer ermöglicht. Den Bericht über diese Prüfung legten sie den Justizministerinnen und -ministern in ihrer 67. Konferenz vor. Die Justizministerinnen und -minister vertraten die Auffassung, daß die Einführung eines dreigliedrigen Aufbaus in der ordentlichen Gerichtsbarkeit derzeit nicht realisierbar sei. Vordringlich seien Maßnahmen zur Verschlankung und Modernisierung der Justiz im Rahmen der derzeitigen Struktur. Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung gegenwärtig weder Anlaß noch Möglichkeit, einen dreigliedrigen Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit voranzutreiben.

II. Grundbuchamt und Handelsregister

- 10.1 Wie viele Eintragungsverfügungen (Eigentümerwechsel, Belastung, Löschung) sind in den Jahren 1993 bis 1995 in den Grundbuchämtern erfolgt?

Die der Bundesregierung vorliegenden Zahlen über die in die Grundbücher eingetragenen Eigentumsveränderungen sowie die Belastungen und Löschungen in den Abteilungen II und III der Grundbücher sind in der Tabelle S. 35 aufgeführt. In den neuen Ländern wurden die Grundbucheintragungen erst seit 1994 statistisch erfaßt. Für Baden-Württemberg, wo die Grundbücher nicht von den Amtsgerichten geführt und deshalb die Grundbucheintragungen nicht in den Geschäftsübersichten aufgeführt werden, liegen der Bundesregierung keine mit den Zahlen der übrigen Länder vergleichbaren Angaben über Eigentumsveränderungen sowie Belastungen und Löschungen vor.

- 10.2 Wie viele Personen wurden in den genannten Jahren in den Grundbuchämtern eingesetzt
- an Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern,
 - an ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele Personen in den Jahren 1993 bis 1995 bei den Grundbuchämtern in Baden-Württemberg tätig waren. Für die anderen Bundesländer kann der Personaleinsatz der Tabelle auf S. 36 entnommen werden. Für die neuen Länder liegen Angaben erst seit 1994 (außer für Sachsen) vor.

- 10.3 Wie viele Grundbuchämter sind mit einer elektronischen Datenverarbeitung ausgestattet,
- die lediglich die Verfügung der Entscheider erleichtert, aber immer noch des ausführenden Personals bedarf,
 - durch die die Verfügung der Entscheider unmittelbar in das Grundbuch übertragen wird?

Bei der Beantwortung der vorstehenden Frage ergibt sich die Schwierigkeit, daß auch bei der unter dem ersten Spiegelstrich genannten EDV bereits vielfach eine unmittelbare Übernahme der Verfügung der Entscheider (Rechtspfleger) in das (Papier)-Grundbuch erfolgt. Die Aufgabe des ausführenden Personals besteht hier lediglich darin, das zutreffende Grundbuchblatt in den Drucker einzulegen und den Ausdruck der vom Grundbuchrechtspfleger bereits vollständig eingegebenen Eintragung auszulösen. Demgegenüber wird beim EDV-Grundbuch (papierloses Grundbuch) die Verfügung der Rechtspfleger unmittelbar in den Datenspeicher des elektronischen Grundbuchs übertragen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit der unter dem ersten Spiegelstrich aufgeführten elektronischen Datenverarbeitung eine Untertützung der herkömmlichen Papiergrundbuchführung mittels EDV (z. B. Solum, MAGB) gemeint ist und mit der unter dem zweiten Spiegelstrich aufgeführten elektronischen Datenverarbeitung das maschinell geführte Grundbuch, bei dem sämtliche Grundbuchdaten nur noch auf einem elektronischen Datenträger gespeichert werden, also gewissermaßen nur noch im Computer enthalten sind.

Unter dieser Voraussetzung existierten im Herbst 1996 insgesamt 446 Grundbuchämter, die mit der unterstützenden EDV des ersten Spiegelstrichs der Frage ausgerüstet waren. Zum gleichen Zeitpunkt waren in den Ländern neun Grundbuchämter als EDV-Grundbuchämter eingerichtet.

Bei weiteren 46 Grundbuchämtern ist die Umstellung auf das EDV-Grundbuch inzwischen (Stand Januar 1997) eingeleitet worden.

- 10.4 Wie viele Grundbuchämter sind mit den Katasterämtern vernetzt?

In den Ländern sind insgesamt 177 Grundbuchämter mit den Katasterämtern vernetzt, wobei der Umfang der Nutzungsmöglichkeit (Umfang des Zugriffs auf den jeweiligen Datenbestand) allerdings unterschiedlich ausgestaltet ist.

- 10.5 Gibt es bereits Grundbuchämter, bei denen über Online Abfragen auch für andere – Notare, Banken – möglich sind?

Die Möglichkeit der Online-Abfragen durch Notare, Banken etc. setzt begrifflich die Führung der Grundbücher als echte EDV-Grundbücher (vgl. Frage 10.3, zweiter Spiegelstrich) voraus. Zum Zeitpunkt der Abfrage der erforderlichen Angabe bei den Ländern (Herbst 1996) gab es daher sechs Grundbuchämter, bei denen Online-Abfragen möglich sind. Bezüglich weiterer bereits vorhandener EDV-Grundbuchämter lagen allerdings bereits entsprechende Anträge auf Zulassung für ein derartiges Abrufverfahren vor.

- 10.6 Ist an eine solche Nutzungsart gedacht?

Die Möglichkeit des Online-Abrufs ist eines der wesentlichen neuen Elemente des EDV-Grundbuchs (vgl. § 133 GBO). Sie ist allerdings bundesrechtlich nicht zwingend vorgegeben. Bis auf Brandenburg beabsichtigen dennoch alle Länder, nach Einführung des EDV-Grundbuchs auch die Möglichkeit der Online-Abfragen durch Notare und Banken zu schaffen.

- 10.7 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, welche Einnahmen die Länder in den Jahren 1993 bis 1995 aus Grundbucheintragungen getätigt haben?

Statistische Angaben über die Grundbucheinnahmen der Länder in den Jahren 1993 bis 1995 bestehen nicht. Sie ergeben sich auch nicht aus den Haushaltsplänen, da diese Einnahmen nach Angabe der Länder im Haushalt regelmäßig nicht gesondert ausgewiesen sind. Ohne eine konkrete und anlaßbezogene Erfassung und Auszählung sämtlicher Eintragungsvorgänge bei sämtlichen Grundbuchämtern, die jedoch wegen des mit ihr verbundenen enormen Aufwands nicht sinnvoll ist, ist eine Erhebung auch nicht möglich. Landesweite aussagekräftige Zahlen liegen daher nicht vor.

- 10.8 Kann sich die Bundesregierung vorstellen, daß eine umfassende Ausstattung der Grundbuchämter mit einer leistungsfähigen und an den Bedürfnissen der Praxis orientierten elektronischen Datenverarbeitung zur Freistellung von Kräften für andere Aufgaben bei den Gerichten und zu Kosteneinsparungen führen kann?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß eine umfassende Ausstattung der Grundbuchämter mit einer

leistungsfähigen und an den Bedürfnissen der Praxis orientierten elektronischen Datenverarbeitung zur Freistellung von Kräften – insbesondere im Bereich der Kanzleikräfte – für andere Aufgaben bei den Gerichten und zu Kosteneinsparungen führen wird. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat der Gesetzgeber seinerzeit mit dem Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz die Einrichtung des EDV-Grundbuchs zugelassen und den Ländern die Möglichkeit gegeben, sich die damit verbundenen technischen Chancen zu erschließen. Der Gesetzgeber ging seinerzeit davon aus, daß die Aufgaben der Justiz – auch und vor allem auf dem Gebiet der Grundbuchführung – vor dem Hintergrund des Übergangs aus dem Industriezeitalter in das Informationszeitalter gesehen werden müßten. Die Schaffung geeigneter leistungsfähiger Informationsstrukturen gerade auf Gebieten, in denen die Justiz wichtige Dienstleistungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu erbringen hat (z. B. Grundbuch und Handelsregister), stellte nach Auffassung der Bundesregierung einen wesentlichen Bestandteil des Übergangs in neue Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen dar. Auch aus diesem Grund trägt die Öffnung der Grundbuchordnung für die Einführung einer vollelektronischen Führung des Grundbuchs dazu bei, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland auch in Zukunft zu erhalten.

Gerade die neuen Länder hatten und haben deshalb ein besonderes Interesse daran, die Automation insbesondere des Grundbuchs schnell zu verwirklichen. Sie können nämlich die modernen Datenverarbeitungsmethoden einsetzen und somit erhebliche Geldbeträge einsparen, weil es ihnen möglich ist, die ohnehin vorzunehmenden Eintragungen sofort in elektronischer Form zu bewirken und sie müßten die eingetragenen Daten nicht erst später – und dann mit aufwendigeren Erfassungsmethoden – übernehmen.

11.1 Wie viele Eintragungsverfügungen (Neueintragung, Veränderung, Löschung etc.) sind in den Jahren 1993 bis 1995 in den Handelsregistern erfolgt

- in Abteilung A,
- in Abteilung B?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele Eintragungen in den Jahren 1993 bis 1995 in den Handelsregistern getätigt wurden. Von allen Verfügungen in der Abteilung A der Handelsregister werden nur die Neueintragungen und Löschungen von Einzelkaufleuten, juristischen Personen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften statistisch erfaßt, von den Verfügungen in der Abteilung B nur die Neueintragung und Löschung von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit. Diese Neueintragungen und Löschungen in den Abteilungen A und B der Handelsregister sind für die Jahre 1993 bis 1995 in der Tabelle S. 37 aufgeführt.

11.2 Wie viele Personen wurden in den genannten Jahren in den Handelsregistern eingesetzt

- an Richterinnen und Richtern,
- an Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern,
- an ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele Personen in den Jahren 1993 bis 1995 bei den Handelsregistern eingesetzt wurden. Das bei den Handelsregistern eingesetzte Personal wird in den von den Landesjustizverwaltungen geführten Statistiken nicht getrennt ausgewiesen. Nur für das Jahr 1993 liegen für die alten Länder vollständige Angaben über den Personaleinsatz bei den Handelsregistern vor. Sie wurden im Auftrag der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Handelsrecht und Handelsregister“ erhoben, die von der Konferenz der Justizministerinnen und -minister eingesetzt worden war, um zu prüfen, ob sich die Übertragung der Handelsregister von den Amtsgerichten auf die Industrie- und Handelskammern empfiehlt. Nur einige Länder konnten auf Anfrage der Bundesregierung weitere Angaben zum Personaleinsatz bei den Handelsregistern machen. Die für die einzelnen Länder vorliegenden Zahlen können der im Anhang abgedruckten Tabelle S. 38 entnommen werden.

11.3 Wie viele Handelsregister sind mit einer elektronischen Datenverarbeitung ausgestattet,

- die lediglich die Verfügung der Entscheider erleichtert, aber immer noch des ausführenden Personals bedarf,
- durch die die Verfügung der Entscheider unmittelbar in das Register übertragen wird?

Nach den Berichten der Landesjustizverwaltungen über den aktuellen Stand der Ausstattung der Registergerichte mit elektronischer Datenverarbeitung werden die – im ersten Toret der Frage angesprochenen Techniken zur sog. automationsunterstützten Führung der Handelsregister derzeit in folgendem Umfang eingesetzt:

In den neuen Ländern werden alle Handelsregister automationsunterstützt geführt; das sind in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen je vier Registergerichte sowie in Sachsen drei Registergerichte. Das gleiche gilt von Berlin, wo das Handelsregister zentral beim Amtsgericht Charlottenburg in einem automationsunterstützten Verfahren geführt wird. In den alten Ländern ist das Bild uneinheitlich: Baden-Württemberg berichtet von drei, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz von zwei Registergerichten und Bremen von einem. In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, im Saarland sowie in Schleswig-Holstein sind derartige Techniken derzeit noch nicht im Einsatz. Von Hamburg liegen dazu keine Angaben vor.

Die im zweiten Toret der Frage angesprochene elektronische Datenverarbeitung, „durch die die Verfügung der Entscheider unmittelbar in das Register übertragen wird“, setzt voraus, daß das Handelsregister – über die bloße Automationsunterstützung hinaus – selbst in maschineller Form als automatisierte Datei nach § 8 a

des Handelsgesetzbuchs (HGB) geführt wird. Die dazu erforderlichen Rechtsgrundlagen sind zwar auf Bundesebene bereits durch das Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz (RegVVBG) vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182) und die Verordnung zur Einführung von Vorschriften über die maschinelle Führung des Handelsregisters und des Genossenschaftsregisters sowie zur Änderung anderer registerrechtlicher Vorschriften vom 6. Juli 1995 (BGBl. I S. 911) geschaffen worden. Das damit ermöglichte „vollautomatische“ Handelsregister ist zur Zeit aber noch bei keinem Registergericht im Echtbetrieb in Einsatz. Die technischen Voraussetzungen dazu (insbesondere die Entwicklung der Software) sowie die zur Einführung erforderlichen landesrechtlichen Bestimmungen (Rechtsverordnung auf Grund des § 8 a HGB) werden derzeit allerdings in den Ländern vorbereitet.

11.4 Gibt es bereits Handelsregister, bei denen über Online-Abfragen auch für andere – Notare, Banken – möglich sind?

Nein. Die Realisierung derartiger Online-Abfragen setzt die Umstellung auf das maschinell geführte Handelsregister voraus; s. dazu die Antwort auf Frage 11.3. Mit dem Abschluß dieser Umstellung wird aber die Einrichtung von automatisierten Verfahren zum externen Abruf der Registerdaten durch öffentliche Stellen (Behörden, Gerichte, Notare, Industrie- und Handelskammern usw.) und durch nicht-öffentliche Stellen (Rechtsanwälte, Banken, Auskunftsteile usw.) auf der Grundlage des § 9 a HGB möglich sein.

11.5 Ist in einzelnen Bundesländern an eine solche Nutzungsart gedacht?

Ja. Die in der Antwort auf das zweite Teilstück der Frage 11.3 geschilderte maschinelle Führung des Handelsregisters als automatisierte Datei einschließlich der Einrichtung von Online-Verfahren zum externen Abruf der Registerdaten ist nach den der Bundesregierung vorliegenden Erkenntnissen derzeit in allen Ländern in Vorbereitung.

11.6 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, welche Einnahmen die Länder in den Jahren 1993 bis 1995 aus Registereintragungen getätigt haben?

Die Einnahmen der Registergerichte aus der Führung der Handels- und Genossenschaftsregister im Zeitraum von 1993 bis 1995 sind der Bundesregierung nicht bekannt. Sie waren auch bei den Landesjustizverwaltungen nicht zu ermitteln, da sie in den Ländern haushaltsmäßig nicht gesondert erfaßt werden.

Aufschluß über das Gebührenaufkommen beim Handelsregister liefert allerdings der Abschlußbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Handelsrecht und Handelsregister“ vom April 1995 (mit Ergänzung vom November 1995). Die Arbeitsgruppe war von der Kon-

ferenz der Justizministerinnen und -minister eingesetzt worden, um zu prüfen, ob sich die Übertragung der Handelsregister von den Amtsgerichten auf die Industrie- und Handelskammern empfiehlt. In diesem Zusammenhang hatte das Bundesministerium der Justiz im Auftrag der Arbeitsgruppe bei den Registergerichten in den alten Ländern eine Erhebung über das Gebührenaufkommen beim Handelsregister für die Zeit vom 1. August 1993 bis zum 31. Juli 1994 durchgeführt. Während dieses Zeitraums haben die Gerichte die Einnahmen aus den Gebühren bei der Führung des Handelsregisters (d. h. ohne Berücksichtigung der Einnahmen aus Auslagen wie z. B. Fotokopien und ohne Berücksichtigung des Genossenschaftsregisters) aufgezeichnet. Auf der Grundlage dieser Erhebung hat die Arbeitsgruppe ein jährliches Gebührenaufkommen für die alten Länder in Höhe von 130 685 767 DM errechnet, das sich wie folgt zusammensetzt:

Baden-Württemberg	18 126 949 DM
Bayern	20 038 379 DM
Berlin	11 086 105 DM
Bremen	2 317 104 DM
Hamburg	7 700 000 DM
Hessen	18 083 250 DM
Niedersachsen	11 023 290 DM
Nordrhein-Westfalen	32 845 110 DM
Rheinland-Pfalz	4 646 860 DM
Saarland	1 293 132 DM
Schleswig-Holstein	3 525 588 DM

Für die neuen Länder sind von der Arbeitsgruppe keine Daten konkret erhoben, sondern die Gebühreneinnahmen nur anhand der Registereintragungen auf Grund der Geschäftsübersichten der Amtsgerichte hochgerechnet worden, was für die Aufgabenstellung der Arbeitsgruppe seinerzeit ausreichte. Danach hat die Arbeitsgruppe für die neuen Länder ein rechnerisches jährliches Gebührenaufkommen von 35 096 506 DM (unter Berücksichtigung der Gebührenermäßigung von 20 % auf Grund des Einigungsvertrages: 28 077 205 DM) angenommen.

11.7 Kann sich die Bundesregierung vorstellen, daß eine zunehmende Ausstattung der Handelsregister mit leistungsfähiger und an den Bedürfnissen der Praxis orientierter elektronischer Datenverarbeitung zur Freistellung von Kräften für andere Aufgaben bei den Gerichten und zu Kosteneinsparungen führen kann?

Ja. Auf die Antwort zu Frage 10.8 wird Bezug genommen.

III. Strafverfahren

12. Wie hat sich die Zahl der bei den Staatsanwaltschaften erfaßten Verfahren seit 1992 entwickelt (Js- und JsOWi-Verfahren) und rechtfertigt diese Entwicklung gesetzgeberische Maßnahmen, die noch über die in dem Rechtspflegeentlastungsgesetz und dem Verbrechensbekämpfungsgesetz hinausgehen?

In den alten Ländern ist die Zahl der Ermittlungsverfahren von 1992 bis 1995 um ca. 4,3 % von 3 188 644 auf 3 325 400 gestiegen. Im Jahr 1993 gingen dort bei den Staats- und Anwaltschaften 3 364 672 Ermittlungsverfahren neu ein. 1994 sank die Zahl der Neueingänge auf 3 306 218, stieg dann aber im nächsten Jahr wieder an.

Die Zahl der Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz ist in den alten Ländern im selben Zeitraum stetig von 346 705 auf 377 827 gestiegen. Dieser Anstieg ist mit ca. 9 % mehr als doppelt so hoch wie die Zunahme der Ermittlungsverfahren. Für die neuen Länder liegen für die Jahre 1992 bis 1994 keine vollständigen Angaben vor. Die vorliegenden Zahlen weisen für 1993 bis 1995 noch einen deutlich höheren Anstieg der Ermittlungsverfahren und der Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz aus. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 38 Bezug genommen.

Die Entwicklung der Eingangszahlen im strafrechtlichen Bereich gibt allein keine Veranlassung zu gesetzgeberischen Maßnahmen. Zur Haltung der Bundesregierung zu Maßnahmen der Entlastung der Rechtspflege im strafrechtlichen Bereich im allgemeinen sowie hinsichtlich einzelner Regelungen wird auf die Stellungnahme der Bundesregierung zum „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege (strafrechtlicher Bereich)“ verwiesen (Drucksache 13/4541, S. 32 ff.).

Im Bereich des Ordnungswidrigkeitenverfahrens hält die Bundesregierung eine Entlastung der Justiz für geboten. Sie hat daher den „Entwurf eines Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze“ in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht (Drucksache 13/5418). Wegen der einzelnen Maßnahmen wird auf den Gesetzentwurf verwiesen.

13. Wie haben sich die erledigten Verfahren bei den Staatsanwaltschaften pro Jahr entwickelt für
- die Verfahrenseinstellungen nach § 170 Abs. 2 StPO,
 - die Verfahrenseinstellungen nach §§ 153, 153 a StPO,
 - das Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 2 JGG und die Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG,
 - die weiteren Verfahrenseinstellungen,
 - die Erhebung der Anklage zum Strafrichter,
 - davon im beschleunigten Verfahren,
 - die Erhebung der Anklage zum Jugendrichter,
 - die Erhebung der Anklage zum Schöffengericht,
 - davon im beschleunigten Verfahren,
 - die Erhebung der Anklage zum Jugend-schöffengericht,
 - die Erhebung der Anklage
 - zur Strafkammer,
 - zur Wirtschaftsstrafkammer,
 - zur Jugendstrafkammer?

Die Entwicklung der bei den Staatsanwaltschaften erledigten Verfahren kann der Tabelle S. 39 ff. entnommen werden. Der Bundesregierung liegen keine Angaben darüber vor, in wie vielen Verfahren vor dem Strafrichter oder dem Schöffengericht ein Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren nach § 417 StPO gestellt wurde. Auch den hierzu befragten Landesjustizverwaltungen waren über die Zählkartenstatistik hinausgehende Angaben nicht möglich. In der Zählkartenstatistik wird nur die Gesamtzahl der Anträge auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren erfaßt. 1994 wurden 15 490, 1995 17 340 Anträge auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren gestellt.

14. Welche prozentualen Anteile der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wurden
- binnen eines Monats,
 - vor Ablauf von drei Monaten,
 - vor Ablauf von sechs Monaten,
 - vor Ablauf eines Jahres,
 - nach Ablauf eines Jahres bis zu zwei Jahren,
 - nach Ablauf von zwei Jahren nach Eingang abgeschlossen?

Eine nach den aufgeführten Zeitabschnitten gegliederte Übersicht über die Dauer der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in den Jahren 1992 bis 1995 gibt die Tabelle S. 42.

15. Wie hat sich die Zahl der Anträge der Staatsanwaltschaften auf Erlaß eines Strafbefehls ab 1992
- zum Strafrichter,
 - zum Schöffengericht entwickelt?

In den alten Ländern stieg von 1992 bis 1995 die Zahl der Anträge auf Erlaß eines Strafbefehls um ca. 4,9 %. Nachdem die Zahl der Strafbefehlsanträge zwischen 1992 und 1993 von 513 681 auf 592 203 angestiegen war, ging sie 1994 wieder auf 570 077 und 1995 dann nochmals auf 538 988 zurück. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele dieser Anträge beim Strafrichter und wie viele beim Schöffengericht gestellt wurden.

Wegen weiterer Einzelheiten, insbesondere auch der Zahlen für die neuen Länder, die vollständig erst ab 1995 vorliegen, wird auf die Tabelle S. 43 verwiesen.

- 16.1 In wie vielen Fällen pro Jahr hat die Staatsanwaltschaft seit dem 1. März 1993 im schriftlichen Verfahren gegen anwaltschaftlich vertretene Beschuldigte den Antrag auf Verurteilung zu Freiheitsstrafe gestellt
- bei den Strafrichtern,
 - bei den Schöffengerichten?

Der Bundesregierung liegen hierzu gesicherte Erkenntnisse nur für die Jahre 1994 und 1995 vor. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Anträge auf Erlaß eines

Freiheitsstrafen-Strafbefehls zurückgegangen; 1994 wurden im Bundesgebiet (ohne Mecklenburg-Vorpommern und Saarland) 8 267 Anträge gestellt, 1995 waren es im gesamten Bundesgebiet nur noch 7 062 Anträge. Die Angaben für die einzelnen Ländern können der Tabelle S. 43 entnommen werden. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 15 Bezug genommen.

- 16.2 Wie viele dieser Anträge wurden von
- den Strafrichtern,
 - den Vorsitzenden der Schöffengerichte zurückgewiesen?

Die Bundesregierung hat zu dieser Frage keine zuverlässigen Erkenntnisse. Die Länder haben überwiegend mitgeteilt, daß ihnen zu dieser Frage weder Statistiken noch Schätzungen vorliegen. Soweit sie über Erkenntnisse verfügen, haben sie angegeben, daß sehr wenige dieser Anträge abgelehnt worden sind.

- 16.3 In wie vielen Fällen haben die Gerichte eine mündliche Verhandlung bestimmt?

In den alten Ländern haben die Gerichte 1992 in 4 404 Verfahren, 1993 in 4 595 Verfahren, 1994 in 4 793 Verfahren und 1995 in 4 942 Verfahren, in denen die Staatsanwaltschaft den Erlaß eines Strafbefehls beantragt hatte, eine Hauptverhandlung anberaumt, anstatt den beantragten Strafbefehl zu erlassen. Bezogen auf die im gleichen Zeitraum gestellten Anträge auf Erlaß eines Strafbefehls ergibt sich, daß nur in weniger als 1 % der Strafbefehlsverfahren vom Gericht eine Hauptverhandlung anberaumt wurde.

Wegen der weiteren Einzelheiten, insbesondere auch der Zahlen für die neuen Länder, die vollständig erst ab 1995 vorliegen, wird auf die Tabelle S. 43 Bezug genommen.

- 16.4 Wie viele der in 5.1 genannten Strafbefehle wurden
- ohne Hauptverhandlung rechtskräftig,
 - nach einer Hauptverhandlung vor dem Eingangsgesicht rechtskräftig,
 - erst nach einem weiteren Rechtsmittel rechtskräftig?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine statistischen Angaben vor. Die Länder haben überwiegend mitgeteilt, daß auch ihnen Erkenntnisse dazu nicht vorliegen. Soweit sie über statistisches Material zu dieser Frage verfügen, haben sie berichtet, daß die überwiegende Zahl der Strafbefehle ohne Hauptverhandlung, ein geringer Teil nach einer Hauptverhandlung und ein Anteil im Bereich von 1 % der erlassenen Strafbefehle erst nach der Entscheidung über ein Rechtsmittel rechtskräftig geworden sind.

Die Einschätzung, daß die überwiegende Zahl der Strafbefehle ohne Hauptverhandlung rechtskräftig

wird, wird bekräftigt, wenn man der Zahl der Strafbefehlsanträge die Zahl der Einsprüche gegen beantragte Strafbefehle gegenüberstellt. In den alten Ländern wurden 1992 137 975, 1993 143 254, 1994 149 036 und 1995 151 399 Einsprüche gegen Strafbefehle eingelegt, während in jedem Jahr mehr als dreimal so viele Strafbefehle beantragt wurden.

Zu den Ergebnissen in den einzelnen Ländern, insbesondere der in den genannten Zahlen nicht enthaltenen Ergebnisse in den neuen Ländern, wird auf die Tabelle S. 43 verwiesen.

- 16.5 Beurteilt die Bundesregierung diese Erledigungsart als Entlastung für die Justiz?

Die Bundesregierung mißt dem Strafbefehlsverfahren insgesamt einen deutlichen Entlastungseffekt bei. Die Möglichkeit, Freiheitsstrafen im Strafbefehlsverfahren zu verhängen, dürfte jedoch kaum zu einer spürbaren Entlastung der Strafjustiz beigetragen haben.

- 17.1 Wie stellt sich ab 1992

- die durchschnittliche Verfahrensdauer vom Tag des Eingangs bis zur Erledigung
 - bei den Strafrichtern,
 - bei den Jugendrichtern,
 - bei den Schöffengerichten,
 - bei den Jugendschöffengerichten,
 - bei den Strafkammern, hier unterteilt nach
 - allgemeinen Strafkammern des ersten Rechtszugs,
 - Schwurgerichtskammern,
 - Wirtschaftsstrafkammern,
 - Strafkammern in Rechtsmittelverfahren gegen Urteile der Strafrichter und der Schöffengerichte,
 - Jugendstraf- und Jugendschutzkammern,
 - Jugendstrafkammern in Rechtsmittelverfahren gegen Urteile der Jugendrichter und der Jugendschöffengerichte

dar?

Eine Übersicht über die durchschnittliche Dauer der Strafverfahren in den Jahren 1992 bis 1995 bei den aufgeführten Spruchkörpern gibt die Tabelle S. 44 f.

- 17.2 Wie viele Verfahren – ohne Unterscheidung des Spruchkörpers – finden eine Erledigung
- nach einem Hauptverhandlungstag,
 - nach zwei bis fünf Hauptverhandlungstagen,
 - nach sechs bis zehn Hauptverhandlungstagen,
 - nach elf bis 20 Hauptverhandlungstagen,
 - nach mehr als 21 Hauptverhandlungstagen?

Eine nach den aufgeführten Zeitabschnitten gegliederte Übersicht über die Dauer der Hauptverhandlungen in den Jahren 1992 bis 1995 gibt die Tabelle S. 46.

- 17.3 Beurteilt die Bundesregierung die Dauer der Verfahren als
- normal und angemessen oder
 - zu lang?
- 17.4 Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung als geeignet an, Hauptverhandlungsverfahren abzukürzen?

Die Bundesregierung hält die durchschnittliche Dauer von Strafverfahren nicht für unangemessen. Sie verweist auf ihre Stellungnahme zu dem Entwurf des Bundesrates für ein Zweites Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege (strafrechtlicher Bereich) – Drucksache 13/4541, dabei insbesondere auf S. 32 Abschnitt A Nr. 1 bis 3. Das Bundesministerium der Justiz hat im Frühjahr 1996 einen Forschungsauftrag zur Dauer des strafprozessualen Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahrens vergeben. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens soll untersucht werden,

- wie sich die tatsächliche Dauer von Hauptverhandlungen in den vergangenen Jahren entwickelt hat und
- welche Faktoren die Verhandlungsdauer beeinflusst haben und beeinflussen.

Dies wird für die weitere Diskussion ein fundierter Grundlagenbeitrag sein können.

- 17.5 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die durchschnittliche Verfahrensdauer in Österreich, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Dänemark und Schweden vor?

Der Bundesregierung liegen zu dieser Frage keine aktuellen vergleichbaren Erkenntnisse vor.

- 18.1 Hat die Erhöhung der Strafgewalt der Strafrichter und der Schöffengerichte (auf zwei bzw. vier Jahre Freiheitsstrafe) zu einer anderen Praxis der Staatsanwaltschaften geführt, indem vermehrt Anklage erhoben worden ist
- zum Strafrichter anstatt wie bisher zum Schöffengericht,
 - zum Schöffengericht anstatt wie bisher zur Strafkammer?

Die Vorschriften haben zu einer Entlastung der großen Strafkammern bei den Landgerichten und der Schöffengerichte zu Lasten der Strafrichter geführt.

Von 1992 bis 1995 ging in den alten Ländern die Zahl der Anklagen zu den Schöffengerichten stetig zurück. 1992 wurde dort in 57 046 Fällen, 1993 in 46 346 Fällen, 1994 in 37 242 Fällen und 1995 in 28 850 Fällen Anklage zum Schöffengericht erhoben.

Im gleichen Zeitraum sank auch die Zahl der Anklagen zu den großen Strafkammern (ohne Jugendkammern) in den alten Ländern. 1992 wurde dort in 9 147 Fällen, 1993 in 8 941 Fällen, 1994 in 8 999 Fällen und 1995 in 8 743 Fällen Anklage zu einer großen Strafkammer erhoben.

Demgegenüber erhöhte sich in den alten Ländern von 1992 bis 1995 die Zahl der Anklagen zum Strafrichter; 1992 wurde in 218 453 Fällen, 1993 in 240 248 Fällen, 1994 in 239 903 Fällen und 1995 in 243 454 Fällen Anklage zum Strafrichter erhoben. Die Länder haben mitgeteilt, daß die Strafrichter nun mit zum Teil recht aufwendigen Verfahren – etwa fahrlässigen Tötungen im Straßenverkehr – befaßt seien, so daß der Entlastungseffekt in diesem Bereich im wesentlichen darauf beschränkt bleibe, daß auf die Mitwirkung von Schöffen in der Hauptverhandlung verzichtet wird.

Wegen weiterer Einzelheiten, insbesondere der Zahlen für die neuen Länder, die vollständig erst für das Jahr 1995 vorliegen, wird auf die Tabelle zu Frage 13 S. 39 ff. Bezug genommen.

- 18.2 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob und – falls ja – in wie vielen Fällen die Gerichte die „neue“ Strafgewalt ausgeschöpft haben?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu dieser Frage vor.

- 19.1 Hat eine mögliche Änderung der Eingangszahlen in den einzelnen Bundesländern auch zu einer Veränderung (Erhöhung oder Verringerung) der besetzten Stellen für
- Richterinnen und Richter
 - oder zu einer „Umverteilung“ von besetzten Stellen zwischen Land- und Amtsgerichten
 - und auch zu einer Veränderung des „Folgepersonals“ geführt?
- 19.2 Wie verlief die Entwicklung in den Bundesländern in den Jahren 1992 bis 1995?

Bei den Amtsgerichten in fast allen alten Ländern verringerte sich die Zahl der Strafrichter von 1992 bis 1995 geringfügig, nachdem sie sich in vielen Ländern 1993 oder 1994 zunächst erhöht hatte. 1992 waren dort bei den Amtsgerichten insgesamt ca. 2 146 Strafrichter, 1995 ca. 2 145 Strafrichter eingesetzt worden. Bei den Amtsgerichten in den meisten alten Ländern sank in diesem Zeitraum auch die Zahl der Rechtspfleger und der Beschäftigten im mittleren und Schreibdienst, die mit Strafsachen betraut waren. Auch bei fast allen Landgerichten in den alten Ländern ging zwischen 1992 und 1995 die Zahl der mit Strafsachen betrauten Richter zurück. 1992 waren ca. 1 676 Strafrichter bei den Landgerichten tätig, 1995 nur noch ca. 1 547. In den meisten Ländern verringerte sich dort auch die Zahl der mit Strafsachen betrauten Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und des Schreibdienstes. Auch bei den Oberlandesgerichten in den alten Ländern sank die Zahl der Richter, Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes, die mit Strafsachen betraut waren.

Für die neuen Länder liegen Angaben erst ab dem Jahr 1994 oder 1995 vor. Von 1994 und 1995 stieg bei den Amtsgerichten in den neuen Ländern die Zahl der Strafrichter und überwiegend auch die Zahl der mit

Strafsachen betrauten Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes. Bei den Landgerichten verringerte sich auch dort die Zahl der Strafrichter. Die Entwicklung bei den Rechtspflegern und den Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes verlief uneinheitlich. Bei den Landgerichten in einigen der Länder reduzierte sich ihre Zahl, in einigen Ländern nahm sie weiter zu. Anders als in den alten Ländern stieg in den neuen Ländern die Zahl der bei den Oberlandesgerichten mit Strafsachen betrauten Richter, Rechtspfleger und Beschäftigten des mittleren und Schreibdienstes weiter an.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 47 ff. Bezug genommen.

19.3 Hat sich der Pensenschlüssel verändert?

Ja. Für Strafsachen wurden die Bewertungszahlen für den Personalbedarf („Pensenschlüssel“) für den richterlichen Dienst und für den mittleren und Schreibdienst teilweise neu festgesetzt. Mit Einführung der kleinen Jugendkammer wurde für die Verfahren vor diesem neuen Spruchkörper eine eigene Bewertungszahl ausgewiesen. Für die Berufungsverfahren vor den kleinen Strafkammern gegen Urteile des Schöffengerichts, für die Strafverfahren vor dem Strafrichter und für Bußgeldverfahren betreffend Ordnungswidrigkeiten, die nicht aus dem Straßenverkehr herrühren, wurden die Bewertungszahlen herabgesetzt. Für aus dem Straßenverkehr herrührende Bußgeldverfahren wurde die Bewertungszahl angehoben. Im Bereich des mittleren und des Schreibdienstes wurden die Multiplikatoren, die den Personaleinsatz bezogen auf den Einsatz von Richtern oder Beamten des gehobenen Dienstes bestimmen, für Straf- und Bußgeldverfahren vor den Landgerichten verkleinert. Der Multiplikator für den Einsatz des mittleren und Schreibdienstes in Straf- und Bußgeldverfahren bei den Amtsgerichten wurde erhöht, gleichzeitig aber der gesondert ausgewiesene Multiplikator für den Protokolldienst verkleinert.

20.1 In wie vielen Fällen wurde bei Verurteilungen zu Geldstrafe von nicht mehr als 15 Tagessätzen die Zulassung der Berufung beantragt?

In den Ländern wird nur die Zahl aller Annahmoberufungen nach § 313 Abs. 1 StPO statistisch erfaßt. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele der erfaßten Annahmoberufungen sich gegen Verurteilungen zu Geldstrafen von nicht mehr als 15 Tagessätzen richteten.

1994 wurden 1 166, 1995 845 Annahmoberufungen eingelegt. Die Angaben für die einzelnen Länder können der Tabelle S. 64 entnommen werden.

20.2 In wie vielen Fällen wurde die Berufung angenommen?

Von den 1 166 Berufungen nach § 313 Abs. 1 StPO, die 1994 eingelegt wurden, wurden 593 angenommen. 1995 wurden von 845 Berufungen 244 angenommen. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 64 Bezug genommen.

20.3 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob Rechtsfolgen aus Urteilen, die nicht zur Berufung zugelassen worden sind, in einem Gnadenverfahren kassiert worden sind?

Eine Bundesgnadenstatistik wird nicht geführt. Die meisten Länder führen eine Statistik in Gnadensachen, die nicht nach einheitlichem Muster angelegt ist. Über diese Länderstatistiken liegen der Bundesregierung keine weiteren Erkenntnisse vor.

20.4 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob wegen der Nichtzulassung einer Berufung Verfassungsbeschwerden eingereicht worden sind?

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen sind mehrere Verfassungsbeschwerden erhoben worden, die auch auf eine behauptete Grundrechtsverletzung wegen Nichtzulassung der Berufung gestützt sind. Über zwei Verfassungsbeschwerden hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Die eine Verfassungsbeschwerde (2 BvR 2112/93) wurde nicht zur Entscheidung angenommen. Der anderen Verfassungsbeschwerde (2 BvR 2847/95) wurde durch Kammerbeschluß stattgegeben. Die Aufhebung des Beschlusses, mit dem die Berufung verworfen worden war, wurde damit begründet, daß das Berufungsgericht dem Angeklagten rechtliches Gehör (Artikel 103 Abs. 1 GG) versagt hatte; zur Verfassungsgemäßheit des Annahmoberufungsverfahrens hat sich das Bundesverfassungsgericht nicht geäußert.

21.1 Hat die Besetzung der Strafkammern mit zwei Berufs- und zwei ehrenamtlichen Richtern zu einer meßbaren Entlastung bei den Landgerichten geführt?

21.2 In welchem Umfang beschließen die Strafkammern, bei der Eröffnung des Hauptverfahrens in der Besetzung wie oben angeführt zu verhandeln?

21.3 Ist bei den Gerichten, die verstärkt von der Möglichkeit der 2+2-Besetzung Gebrauch machen, zu beobachten,

- ob die Erledigungszahlen insgesamt gestiegen sind,
- ob und in welchem Umfang Verfahren beschleunigt erledigt werden konnten?

Die Länder haben mitgeteilt, daß nunmehr – bei regionalen Unterschieden – etwa in der Hälfte der Verfahren in der reduzierten Besetzung verhandelt wird. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Besetzungsreduktion von der Praxis begrüßt werde, da der zweite Berufsrichter, der nicht an der Hauptverhandlung teilnehme, für andere Aufgaben, etwa die Vorbereitung von Be-

schließen, zur Verfügung stehe. Dies habe zu einer Entlastung innerhalb der einzelnen Spruchkörper geführt. Von signifikanten Steigerungen der Erledigungszahlen und einem meßbaren Beschleunigungseffekt haben die Länder nicht berichtet.

Weitergehende Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu diesen Fragen nicht vor.

21.4 Gibt es Erkenntnisse,

- ob gegen Urteile der Strafkammern in der Besetzung 2+2 besonders häufig das Rechtsmittel der Revision eingelegt wird und
- eine Zunahme der Aufhebung der Urteile dieser Spruchkörper gegenüber früheren Jahren festzustellen ist?

Zu dieser Frage liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

22. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß

- die Behandlung von Bagatellunrecht auch durch Schiedspersonen oder Schiedsstellen,
- eine Reform des Ordnungswidrigkeitenrechts, wie es der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD vorsieht (Drucksache 13/3691),
- eine bürokratieärmere Sanktionierung von Bagatellunrecht,
- die Herabstufung leichter, fahrlässiger Vergehen im Straßenverkehr zu Ordnungswidrigkeiten,
- eine Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems und
- auch im Strafrecht ein dreizügiger Gerichts-aufbau mit einem überschaubaren Instanzenweg

zu einer Modernisierung, zu mehr Bürgernähe und zu einer deutlichen Entlastung der Justiz führen werden?

Zu der Frage, ob Bagatellunrecht durch Schiedspersonen oder Schiedsstellen behandelt werden sollte, ist die Meinungsbildung der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen.

Eine Reform des Ordnungswidrigkeitenrechts, wie sie der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze (Drucksache 13/5418) vorsieht, wird voraussichtlich zur Modernisierung und Entlastung der Justiz führen. Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD sieht zum Teil ähnliche Regelungen vor, von denen die gleichen Effekte erwartet werden.

Soweit mit „bürokratieärmerer Sanktionierung von Bagatellunrecht“ die Frage einer materiell-rechtlichen „Entkriminalisierung“ im Bereich sogenannter Bagatellkriminalität angesprochen sein sollte, verweist die Bundesregierung auf ihre Antwort auf die Große An-

frage der Abgeordneten Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Günter Graf, Dr. Hans de With, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD betreffend Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und Massenkriminalität (Drucksache 12/5452, S. 19 ff., unter 2. Entkriminalisierung), auf ihre Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (Drucksache 13/374, S. 7), außerdem auf den Antrag der die Bundesregierung tragenden Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zum strafrechtlichen Schutz des Eigentums und des Vermögens (Drucksache 13/4064).

Die Entwicklung des Verkehrsstrafrechts zu einem modernen, vielseitigen Maßnahmenkatalog hat der Bedeutung leichter, auch fahrlässig begangener, Vergehen durch Umstellung auf Bußgeldtatbestände, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung des geltenden Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, und weiterhin durch eine angemessene Einstufung von Geboten und Verboten in Straf- oder Bußgeldvorschriften Rechnung getragen. Die Bundesregierung sieht insbesondere auf der Grundlage, daß die Bemühungen zur Entlastung der Justiz nicht auf Kosten der Verkehrssicherheit gehen dürfen, derzeit keinen weitergehenden Handlungsbedarf zur Entkriminalisierung der angesprochenen Tatbestände.

Das bestehende Sanktionensystem hat sich grundsätzlich bewährt. Änderungen auf dem Gebiet des Sanktionenrechts sollten deshalb nur dort erfolgen, wo dafür ein echtes Bedürfnis besteht. Ob durch solche Änderungen ein Beitrag zu einer Modernisierung, zu mehr Bürgernähe und zu einer Entlastung der Justiz geleistet werden kann, ist jeweils im Einzelfall zu prüfen. Hierfür wird im Rahmen der in diesem Bereich laufenden Gesetzesberatungen Gelegenheit bestehen.

Der viergliedrige Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist nicht mit einem vierstufigen Instanzenzug verbunden. In Strafsachen besteht bereits gegenwärtig in den meisten Fällen ein zwei- oder dreistufiger (Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht), im übrigen ein zweistufiger Instanzenzug (Landgericht/Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof). Die Frage, ob ein dreigliedriger Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit eine überzeugendere Abgrenzung der Zuständigkeiten des Amtsrichters, Einzelrichters, des Schöffengerichts und der Kammer ermöglicht, war Gegenstand der vom Bundesministerium der Justiz und den Landesjustizverwaltungen durchgeführten Prüfung zur Einführung eines dreigliedrigen Gerichts-aufbaus. Die Prüfung hat gezeigt, daß die Umgestaltung der geltenden Strafrichterorganisation bei Einführung eines dreigliedrigen Gerichts-aufbaus in der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu einer überzeugenderen Abgrenzung der Zuständigkeiten führen kann; dadurch entstehen aber in anderen Bereichen neue Probleme, die kaum zu lösen sind.

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Berlin</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	82 791	103 231	112 608	131 896
erledigte Verfahren**	68 048	79 558	97 868	101 225
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	61 107	69 852	82 307	83 916
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	3 470	5 490	10 863	11 742
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	18 744	21 523	22 200	24 075
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	26 413	28 779	27 195	26 195
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	24 632	28 200	27 391	26 042
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	1 601	1 354		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	6 059	5 471		
— Streitwert bis 10 000 DM			2 575	1 484
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	5 453	5 257	6 151	6 119
Erledigungen*	5 845	5 395	5 798	5 999
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	3 733	4 224	4 192	4 078
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	557	511	954	1 327
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	2 845	2 624	2 637	2 362
<u>Kammergericht</u>				
Neuzugänge*	3 998	4 277	4 434	4 684
erledigte Berufungssachen*	3 646	3 892	4 032	4 297
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

<u>Brandenburg</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*			70 529	64 188
erledigte Verfahren**			37 402	45 415
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			31 679	38 330
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			4 226	5 677
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			5 693	7 789
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*			19 219	14 472
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*			9 378	13 939
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***				
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***				
— Streitwert bis 10 000 DM			741	711
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*			1 971	1 955
Erledigungen*			1 184	1 742
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			722	1 166
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			225	451
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			77	82
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*			1 446	1 506
erledigte Berufungssachen*			922	1 137
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

Tabellenanhang

Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Baden-Württemberg</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	153 297	184 951	186 065	177 688
erledigte Verfahren**	138 073	159 935	176 541	168 143
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	125 646	140 103	147 059	137 709
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	6 766	12 955	21 715	22 195
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	27 615	27 620	26 783	25 021
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	54 243	51 649	49 615	48 612
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	51 707	54 263	49 507	48 698
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	3 258	2 333		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	13 651	10 418		
— Streitwert bis 10 000 DM			3 911	2 630
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	4 208	9 156	9 730	9 353
Erledigungen*	8 856	9 099	9 544	9 260
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	7 534	7 554	7 087	6 400
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	761	894	1 833	2 197
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	2 139	2 170	1 572	1 247
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	7 185	7 574	6 726	6 373
erledigte Berufungssachen*	7 092	7 537	7 053	6 586
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

<u>Bayern</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	176 465	209 133	207 790	204 873
erledigte Verfahren**	158 934	184 406	197 886	190 818
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	146 060	162 462	164 443	155 517
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	6 198	14 015	24 934	26 142
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	30 684	30 996	31 400	30 805
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	68 618	64 505	60 614	61 483
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	64 948	67 795	61 222	60 091
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	3 767	2 373		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	17 276	13 491		
— Streitwert bis 10 000 DM			4 592	2 944
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	11 174	11 412	13 057	12 019
Erledigungen*	11 605	11 048	12 550	12 335
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	10 103	9 330	9 414	7 667
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	713	851	2 210	2 333
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	2 081	2 114	2 012	1 875
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	10 366	10 616	9 857	9 282
erledigte Berufungssachen*	10 198	10 534	10 159	9 580
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Bremen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	15 034	16 401	15 797	15 249
erledigte Verfahren**	13 542	14 444	15 339	13 813
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	12 350	12 942	13 161	11 686
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	704	1 069	1 703	1 616
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	3 372	3 419	3 397	2 827
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	4 189	3 688	3 214	3 292
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	3 790	3 892	3 457	3 000
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM***	443	300		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	1 122	806		
— Streitwert bis 10 000 DM			370	237
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	701	655	737	644
Erledigungen*	663	652	706	676
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	580	574	547	465
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	50	47	127	180
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	114	81	73	61
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	439	535	500	403
erledigte Berufungssachen*	473	464	478	428
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

			hier: Ergebnisse aus 1993	
<u>Hamburg</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	45 416	50 455	50 455	48 188
erledigte Verfahren**	37 340	42 342	42 342	43 431
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	33 457	37 134	37 134	35 440
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	2 016	3 091	3 091	5 646
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	10 555	10 978	10 978	10 485
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	17 330	16 142	16 142	14 232
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	16 419	17 191	17 191	14 808
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM***	1 215	791		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	4 236	3 146		
— Streitwert bis 10 000 DM			3 937	829
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	2 822	2 786	2 786	3 120
Erledigungen*	2 840	3 068	3 068	2 856
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	2 329	2 405	2 405	1 924
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	206	333	333	628
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	863	1 230	1 230	943
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	2 504	2 550	2 550	2 602
erledigte Berufungssachen*	2 385	2 478	2 478	2 500
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Hessen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	114 747	130 894	129 799	126 818
erledigte Verfahren**	75 786	113 144	120 976	117 392
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	74 194	100 698	100 894	96 614
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	758	7 128	13 670	14 557
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	23 137	23 982	23 214	22 704
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	36 160	33 097	31 749	32 065
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	34 027	35 862	31 656	31 040
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	2 756	1 614		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	9 357	7 926		
— Streitwert bis 10 000 DM			8 452	7 201
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	7 316	7 122	8 184	7 939
Erledigungen*	7 509	7 144	7 486	7 599
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	6 463	5 987	5 564	5 210
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	526	588	1 335	1 742
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	2 559	2 487	2 100	1 758
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	5 932	6 123	5 685	5 381
erledigte Berufungssachen*	5 903	6 098	5 905	5 710
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				
<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*				57 652
erledigte Verfahren**				30 473
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM				25 658
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM				3 596
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum				4 809
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*				15 167
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*				9 129
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***				
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***				
— Streitwert bis 10 000 DM				475
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*				1 606
Erledigungen*				948
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM				695
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM				214
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum				140
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*				1 159
erledigte Berufungssachen*				793
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Niedersachsen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	127 944	143 263	144 638	144 544
erledigte Verfahren**	115 090	128 345	135 647	134 611
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	106 228	114 740	114 757	111 054
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	5 179	8 984	15 599	17 769
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	21 809	22 452	22 947	22 314
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	33 626	29 577	29 584	29 464
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	31 611	31 226	28 909	29 016
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM***	2 402	1 593		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	9 072	6 776		
— Streitwert bis 10 000 DM			2 862	1 770
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	9 763	10 106	10 862	11 137
Erledigungen*	9 846	9 759	10 333	10 988
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	8 532	8 353	7 794	7 823
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	759	780	1 856	2 455
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	2 311	2 158	2 043	1 839
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	6 184	6 147	6 014	6 062
erledigte Berufungssachen*	5 997	6 348	6 129	6 067
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Nordrhein-Westfalen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	399 495	451 206	445 942	426 549
erledigte Verfahren**	355 917	401 055	423 290	407 090
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	328 155	361 351	361 066	341 549
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	15 660	26 871	46 985	49 258
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	83 023	84 453	84 242	82 389
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	106 500	94 110	87 038	86 458
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	101 804	101 371	88 453	85 010
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM***	8 857	5 778		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	28 607	22 302		
— Streitwert bis 10 000 DM			24 148	5 186
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	25 869	26 294	29 095	28 480
Erledigungen*	26 518	25 796	27 181	28 175
d a r u n t e r				
— Streitwert bis 6 000 DM	23 006	21 840	20 305	19 966
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	1 928	2 212	5 052	6 290
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	7 874	7 881	7 281	6 800
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	17 332	16 933	15 759	14 656
erledigte Berufungssachen*	17 250	17 022	16 238	15 277
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Rheinland-Pfalz</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	76 548	89 315	89 665	84 220
erledigte Verfahren**	65 820	77 874	82 597	80 753
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	60 818	69 775	70 207	67 429
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	2 830	5 218	9 168	9 852
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	12 006	12 755	12 496	12 681
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	20 699	18 788	17 417	17 563
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	19 035	19 331	17 225	16 624
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	1 827	1 218		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	5 311	4 543		
— Streitwert bis 10 000 DM			2 084	1 214
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	4 818	5 146	5 726	5 418
Erledigungen*	4 926	4 722	5 454	5 383
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	4 319	4 076	4 269	3 818
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	333	353	869	1 191
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	1 084	976	1 024	909
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	3 216	3 111	2 991	2 991
erledigte Berufungssachen*	3 214	3 242	3 243	2 954
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

<u>Saarland</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	20 786	23 404	23 257	22 356
erledigte Verfahren**	18 664	21 408	21 792	20 319
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	17 358	19 396	18 763	17 190
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	821	1 413	2 375	2 520
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	3 653	3 992	3 818	3 512
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	6 402	5 608	5 453	5 334
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	6 114	6 011	5 448	5 103
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	593	439		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	1 944	1 593		
— Streitwert bis 10 000 DM			212	403
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	1 287	1 354	1 306	1 338
Erledigungen*	1 197	1 274	1 168	1 212
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	1 077	1 129	954	907
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	61	88	163	249
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	260	318	232	280
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	1 168	1 160	1 074	976
erledigte Berufungssachen*	1 257	1 143	1 139	1 093
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1992	1993	1994	1995
<u>Sachsen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*			91 348	84 166
erledigte Verfahren**			60 100	67 585
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			51 506	57 177
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			6 851	8 313
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			6 586	9 363
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*			30 452	25 774
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*			20 404	23 213
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***				
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***				
— Streitwert bis 10 000 DM			1 367	998
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*			2 495	2 308
Erledigungen*			1 712	2 162
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			1 305	1 513
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			308	543
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			177	211
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*			2 413	2 479
erledigte Berufungssachen*			1 444	2 223
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

<u>Sachsen-Anhalt</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*			65 172	57 022
erledigte Verfahren**			36 380	42 652
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			31 141	36 212
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			4 184	5 332
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			4 193	5 815
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*			18 783	14 426
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*			11 680	12 736
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***				
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***				
— Streitwert bis 10 000 DM			888	662
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*			1 705	1 697
Erledigungen*			1 166	1 547
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			874	1 095
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			234	378
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			74	104
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*			2 133	1 801
erledigte Berufungssachen*			1 324	1 690
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Schleswig-Holstein</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*	48 882	52 841	53 916	52 220
erledigte Verfahren**	43 907	48 119	51 231	49 060
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	39 604	42 393	42 880	40 524
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	2 371	3 465	5 738	5 887
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	9 907	9 726	10 252	9 891
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	12 707	11 077	10 207	10 655
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	11 893	12 288	10 791	10 234
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***	1 118	688		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	3 330	2 875		
— Streitwert bis 10 000 DM			3 000	2 487
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	3 231	3 167	3 401	3 353
Erledigungen*	3 612	3 411	3 299	3 475
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM	3 052	2 843	2 477	2 453
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	263	289	562	714
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	1 054	1 001	766	791
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*	1 989	2 051	2 051	1 951
erledigte Berufungssachen*	2 220	2 188	2 170	2 120
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

<u>Thüringen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
Neuzugänge*			62 145	53 820
erledigte Verfahren**			39 144	44 138
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM			33 390	37 429
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM			4 580	5 341
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			4 260	6 441
<u>Landgericht (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*			17 683	13 615
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*			11 469	12 136
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM***				
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***				
— Streitwert bis 10 000, DM			2 569	2 816
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*			2 120	1 731
Erledigungen*			1 506	1 699
darunter				
— Streitwert bis 6 000 DM				1 193
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM				412
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum			119	146
<u>Oberlandesgericht (e)</u>				
Neuzugänge*			1 814	1 354
erledigte Berufungssachen*			998	1 318
* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts				
** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht				
*** ab 1994 nicht mehr erfaßt				

noch: Tabelle zu den Fragen 1.1, 1.2, 2 und 3: Eingänge und Erledigungen bei den Zivilgerichten

	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>i n s g e s a m t</u>				
<u>A m t s g e r i c h t e</u>				
Neuzugänge*	1 261 405	1 455 094	1 745 653	1 751 448
erledigte Verfahren**	1 091 118	1 270 720	1 538 535	1 556 918
<u>d a r u n t e r</u>				
— Streitwert bis 6 000 DM	1 004 977	1 130 846	1 300 387	1 293 434
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	46 773	89 699	175 682	195 443
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	244 505	252 198	272 459	280 921
<u>L a n d g e r i c h t (e)</u>				
<u>Verfahren im ersten Rechtszug</u>				
Neuzugänge*	386 887	357 020	425 420	418 807
erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen*	365 980	377 430	394 181	400 819
<u>d a r u n t e r</u>				
— Streitwert bis 6 000 DM***	27 837	18 481		
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM***	99 965	79 347		
— Streitwert bis 10 000 DM			61 708	32 047
<u>Berufungsverfahren</u>				
Neuzugänge*	81 425	82 455	99 608	98 217
Erledigungen*	83 417	81 368	92 193	96 056
<u>d a r u n t e r</u>				
— Streitwert bis 6 000 DM	70 728	68 315	67 909	66 373
— Streitwert über 6 000 bis 10 000 DM	6 157	6 946	16 061	21 304
erledigte Verfahren aus Mietverhältnissen über Wohnraum	23 184	23 040	21 417	19 548
<u>O b e r l a n d e s g e r i c h t (e)</u>				
Neuzugänge*	60 313	61 077	65 375	63 660
erledigte Berufungssachen*	59 635	60 946	63 712	63 773
<p>* ohne Abgaben innerhalb des Gerichts ** ohne Abgaben oder Verweisungen an ein anderes Gericht *** ab 1994 nicht mehr erfaßt</p>				

Tabelle zu den Fragen 6.1 und 6.2

Anteil (%) der dem Einzelrichter bei den erstinstanzlichen Zivilkammern übertragenen Verfahren

Land	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg	52,7	53,1	55,6	56,8
Bayern	31,1	33,9	37,9	40,0
Berlin	6,5	9,7	17,9	25,0
Brandenburg	4,7	7,7
Bremen	2,8	6,4	6,4	6,1
Hamburg	21,8	22,9	...	22,1
Hessen	20,7	24,7	29,4	32,7
Mecklenburg-Vorpommern	17,2	17,3
Niedersachsen	19,0	21,6	25,0	26,3
Nordrhein-Westfalen	13,9	16,1	18,1	19,4
Rheinland-Pfalz	23,0	27,4	35,6	38,3
Saarland	59,7	59,0	58,7	58,6
Sachsen	31,6	35,2
Sachsen-Anhalt	8,5	8,9
Schleswig-Holstein	57,8	59,0	63,2	65,1
Thüringen	18,7	22,8

Tabelle zu Frage 6.3

Land	Jahr	Einzelrichterquote (Prozent)	Erledigungsquote (Verfahren je Richter)
Baden-Württemberg	1994	55,6	184
	1995	56,8	180
Bayern	1994	37,9	181
	1995	40,0	179
Berlin	1994	17,9	199
	1995	25,0	176
Brandenburg	1994	4,7	113
	1995	7,7	148
Bremen	1994	6,4	187
	1995	6,1	154
Hamburg	1994	...	172
	1995	22,1	169
Hessen	1994	29,4	173
	1995	32,7	168
Mecklenburg-Vorpommern	1994	17,2	...
	1995	17,3	153
Niedersachsen	1994	25,0	161
	1995	26,3	171
Nordrhein-Westfalen	1994	18,1	165
	1995	19,4	170
Rheinland-Pfalz	1994	35,6	176
	1995	38,3	153
Saarland	1994	58,7	157
	1995	58,6	164
Sachsen	1994	31,6	155
	1995	35,2	168
Sachsen-Anhalt	1994	8,5	160
	1995	8,9	181
Schleswig-Holstein	1994	63,2	174
	1995	65,1	158
Thüringen	1994	18,7	127
	1995	22,8	142

Tabelle zu Frage 6.4

Durchschnittliche Dauer (in Monaten) der in die Zuständigkeit der Zivilkammern fallenden erstinstanzlichen Verfahren

Land	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg	5,0	5,0	5,1	5,2
Bayern	5,9	5,9	6,1	6,1
Berlin	5,3	5,1	5,3	5,6
Brandenburg	4,7	7,0
Bremen	6,1	6,2	6,9	7,3
Hamburg	6,8	6,7	...	6,8
Hessen	7,6	7,4	7,6	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	6,1
Niedersachsen	5,7	6,2	6,5	6,7
Nordrhein-Westfalen	6,6	6,6	7,0	7,0
Rheinland-Pfalz	7,5	7,6	8,5	8,8
Saarland	10,2	9,3	9,8	10,5
Sachsen	4,7	4,7
Sachsen-Anhalt	5,7	5,9
Schleswig-Holstein	7,7	7,7	8,2	7,7
Thüringen	5,0	5,2

Tabelle zu Frage 6.6

Einzelrichter/Zivilkammer Streitige Urteile/Berufungen Länder	1992	1993	1994	1995
Alte Länder				
Streitige Urteile				
- des Einzelrichters	36 986	40 157	39 708	40 474
- der Kammer	57 112	52 464	44 027	40 065
Erledigte Berufungen gegen Urteile				
- des Einzelrichters	13 213	14 198	15 100	15 728
- der Kammer	39 584	39 478	36 224	33 350
Zahl der erledigten Berufungen, die entfielen auf je 100 Urteile				
- des Einzelrichters	36	35	38	39
- der Kammer	69	75	82	83
Sachsen und Sachsen-Anhalt				
Streitige Urteile				
- des Einzelrichters	1 641	2 497
- der Kammer	3 870	4 299
Erledigte Berufungen gegen Urteile				
- des Einzelrichters	103	406
- der Kammer	2 038	2 834
Zahl der erledigte Berufungen, die entfielen auf je 100 Urteile				
- des Einzelrichters	6	16
- der Kammer	53	66

Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Baden-Württemberg</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	216,93	240,36	261,17	269,21
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	99,60	100,76	104,23	103,71
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	394,91	410,47	450,80	447,45
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	356,78	350,72	337,30	339,99
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	322,63	314,84	300,62	303,26
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	250,22	239,86	227,64	229,88
Berufungen	48,74	51,26	48,25	47,66
Beschwerden	23,65	23,70	24,71	25,70
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	34,15	35,88	36,68	36,73
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	44,51	43,64	42,89	42,21
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	263,36	257,28	242,09	233,73
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	106,32	108,15	107,67	105,71
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	92,86	94,87	94,67	92,48
Beschwerden	13,16	12,99	12,70	12,93
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	2,06	2,12	1,70	1,45
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	55,22	56,87	54,76	52,12
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				
<u>Bayern</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	264,81	284,61	311,30	308,31
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	162,78	166,49	176,40	182,60
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	674,66	705,86	698,35	750,02
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	444,79	448,51	437,32	434,94
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	403,84	405,44	394,99	393,44
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	305,76	303,75	284,64	285,86
Berufungen	60,92	60,64	66,28	64,83
Beschwerden	35,24	38,55	41,61	41,16
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	40,95	43,07	42,33	41,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	51,20	48,34	47,46	48,20
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	402,85	393,92	387,25	384,85
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	159,74	165,33	164,23	161,79
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	127,37	133,27	133,57	130,74
Beschwerden	30,43	31,66	29,96	30,35
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	5,16	3,55	2,63	2,66
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	89,52	88,89	88,22	87,89
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Berlin</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	121,99	134,29	154,51	163,36
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	55,70	60,09	60,16	79,04
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	346,54	335,26	367,05	397,53
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	174,56	178,00	188,77	207,01
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	160,31	163,75	174,02	192,76
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	105,36	104,95	112,96	127,60
Berufungen	34,45	38,13	32,51	33,56
Beschwerden	20,50	19,68	27,55	30,61
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	14,25	14,25	14,75	14,25
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	22,00	28,75	31,92	30,62
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	197,82	225,07	224,89	233,17
<u>Kammergericht</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	83,88	79,44	79,12	81,13
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	71,00	66,67	64,25	65,69
Beschwerden	12,38	12,28	14,37	14,94
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	2,00	2,00	2,00	1,70
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	49,61	58,25	53,19	49,23
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs- sachen				

<u>Brandenburg</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter			59,95	68,17
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			21,20	23,64
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			146,22	147,77
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			84,58	108,81
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)			75,70	100,65
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*			59,87	81,00
Berufungen			7,41	10,19
Beschwerden			8,42	9,46
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)			8,88	8,16
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			2,57	5,98
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			57,03	68,34
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			21,38	26,06
<u>darunter in</u>				
Berufungen*			17,81	21,67
Beschwerden			3,29	4,39
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			0,10	0,10
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			11,50	10,68
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs- sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Bremen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	23,86	26,63	26,01	25,68
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	10,67	11,43	10,16	11,23
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	64,20	67,07	65,03	64,79
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	30,40	27,13	26,28	26,78
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	26,60	23,33	22,48	22,80
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	19,51	16,37	14,57	15,47
Berufungen	4,00	3,47	4,12	3,77
Beschwerden	3,09	3,49	3,78	3,57
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	3,80	3,80	3,80	3,98
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	3,10	2,70	2,53	2,60
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	24,06	22,46	20,40	17,52
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	9,70	8,85	8,75	8,10
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	7,83	7,23	7,13	6,73
Beschwerden	1,88	1,63	1,63	1,38
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	0,05	0,05	0,05	0,05
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	4,75	4,60	4,35	2,40
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs- sachen				

<u>Hamburg</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	73,10	74,05	71,73	71,89
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	25,22	24,92	27,42	28,07
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	214,97	224,28	252,51	227,73
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	115,54	117,14	114,96	113,82
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	97,91	99,48	96,95	96,02
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	74,10	74,06	69,47	66,82
Berufungen	15,39	16,38	16,68	17,84
Beschwerden	8,22	9,04	10,80	11,32
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	17,83	17,66	18,00	17,79
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	11,50	11,56	10,44	10,31
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	153,93	137,80	128,70	125,64
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	40,31	41,85	45,72	42,60
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	26,85	28,23	31,14	26,61
Beschwerden	13,30	13,45	14,57	15,99
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	—	—	—	—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	21,40	23,93	23,27	24,40
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs- sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Hessen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	178,62	196,33	210,20	211,66
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	70,89	74,55	77,23	78,74
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	477,44	488,21	507,09	509,03
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	260,78	247,62	239,66	240,51
<u>d a v o n</u> in				
Zivilsachen (ohne KfH)	234,59	220,65	212,41	214,30
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	171,06	159,64	151,02	151,99
Berufungen	41,26	39,94	39,43	40,98
Beschwerden	21,87	20,67	21,76	21,13
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	26,19	26,97	27,25	26,21
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	16,29	17,06	15,66	15,28
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	205,81	197,14	188,03	190,35
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	93,27	93,92	95,48	93,78
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	82,11	82,77	81,05	79,44
Beschwerden	10,66	10,65	13,93	13,84
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	0,33	0,44	0,44	0,22
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	42,52	41,89	50,39	51,15
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter			42,02	48,49
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			17,41	18,64
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			110,00	110,12
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			66,39	72,73
<u>d a v o n</u> in				
Zivilsachen (ohne KfH)			60,90	67,08
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*			47,94	51,55
Berufungen			6,18	7,49
Beschwerden			5,71	7,58
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)			4,72	6,09
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			3,08	6,30
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			58,20	62,88
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			9,65	10,58
<u>darunter in</u>				
Berufungen*			8,08	7,58
Beschwerden			1,58	3,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			0,09	0,20
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			6,25	6,00
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Niedersachsen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	190,91	216,56	227,58	225,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	74,83	76,65	82,70	79,12
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	502,66	524,67	540,08	527,45
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	286,18	269,89	272,66	261,83
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	266,55	250,39	251,99	242,25
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	172,89	159,00	154,33	145,24
Berufungen	60,35	58,40	62,21	63,20
Beschwerden	32,31	32,09	34,63	33,10
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	19,63	19,50	20,67	19,58
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	24,90	19,50	18,79	19,01
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	251,39	238,25	233,41	231,35
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	89,98	86,57	85,86	82,25
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	82,23	77,57	77,07	76,70
Beschwerden	7,25	8,50	8,29	7,35
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	0,75	0,75	0,75	0,75
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	53,54	59,67	52,75	53,18
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				
<u>Nordrhein-Westfalen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	511,96	559,67	627,10	638,23
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	246,50	248,28	216,56	223,19
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	1 388,99	1 372,82	1 305,01	1 334,59
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	804,76	745,44	717,89	688,97
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	734,46	673,87	645,59	616,81
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	516,34	463,45	433,32	405,09
Berufungen	145,30	139,14	140,62	137,09
Beschwerden	71,28	69,71	70,15	73,14
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	70,30	71,57	72,30	72,16
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	67,23	62,84	60,39	56,36
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	700,51	674,63	641,61	606,59
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	295,89	284,96	284,99	280,57
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	249,12	248,31	247,01	186,91
Beschwerden	35,97	35,85	37,37	42,06
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	2,46	1,59	1,53	1,59
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	154,96	149,49	138,71	135,62
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Rheinland-Pfalz</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	102,80	117,01	129,66	136,06
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	40,23	40,26	41,11	41,98
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	238,00	239,24	258,06	259,26
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	160,66	145,75	140,61	153,65
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	148,88	134,41	128,28	140,10
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	103,10	94,30	83,21	92,24
Berufungen	30,52	26,31	30,20	32,77
Beschwerden	12,96	11,50	12,57	13,54
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	11,78	11,34	12,33	13,55
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	11,61	11,05	11,40	11,77
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	129,07	127,47	124,36	119,55
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	55,30	55,73	51,72	47,69
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	47,76	47,34	43,79	39,81
Beschwerden	6,81	7,35	6,50	6,54
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	0,25	0,15	0,15	0,15
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	15,52	22,48	24,38	23,62
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs- sachen				

<u>Saarland</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	33,99	36,32	39,16	38,67
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	12,45	12,91	13,74	14,06
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	77,28	80,01	77,30	75,45
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	49,12	46,50	45,13	40,94
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	45,12	42,50	41,13	37,44
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	34,37	31,25	30,20	26,81
Berufungen	7,75	8,25	7,93	7,63
Beschwerden	3,00	3,00	3,00	3,00
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	4,00	4,00	4,00	3,50
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	3,48	4,10	3,66	3,36
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	43,56	40,76	39,70	40,53
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	19,55	19,60	18,30	18,25
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	17,60	17,20	16,11	16,05
Beschwerden	1,95	2,33	2,19	2,17
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	0,02	0,02	0,02	0,02
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	9,60	9,73	9,43	9,00
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs- sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Sachsen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter				109,64
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger				47,36
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)				248,74
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen				164,23
<u>d a v o n</u> in				
Zivilsachen (ohne KfH)				145,17
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*				117,73
Berufungen				14,11
Beschwerden				12,67
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)				19,06
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger				15,97
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)				131,93
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen				45,15
<u>darunter in</u>				
Berufungen*				38,37
Beschwerden				6,78
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger				0,25
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)				18,22
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				
<u>Sachsen-Anhalt</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter			53,44	60,96
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			22,21	21,82
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			152,11	169,09
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			80,85	82,93
<u>d a v o n</u> in				
Zivilsachen (ohne KfH)			71,88	73,45
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*			58,07	58,91
Berufungen			7,53	8,71
Beschwerden			6,18	6,53
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)			8,97	9,49
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			5,48	6,72
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			73,84	78,88
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			23,70	24,60
<u>darunter in</u>				
Berufungen*			20,60	21,60
Beschwerden			3,10	3,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			0,30	0,30
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			10,00	8,25
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Schleswig-Holstein</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	73,34	83,16	86,01	87,92
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	34,76	36,68	33,99	33,03
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	207,80	216,21	215,05	214,44
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	105,45	99,00	99,05	98,35
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	97,75	90,85	90,75	90,10
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	62,15	55,80	51,80	54,50
Berufungen	22,15	21,10	24,00	20,55
Beschwerden	12,45	13,45	14,70	15,00
Zivilsachen vor der Kammer für Handels-sachen (KfH)	8,10	8,10	8,30	8,25
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	9,50	9,00	7,80	8,30
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	101,78	98,93	96,68	93,63
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	36,18	34,05	33,43	32,95
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	30,01	28,41		27,35
Beschwerden	6,17	5,64		5,60
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	0,50	0,50	0,25	0,25
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	19,00	18,50	15,50	15,00
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				
<u>Thüringen</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter			71,22	75,60
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			22,08	27,39
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			151,03	163,76
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			104,14	108,71
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)			90,74	97,49
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*			68,06	71,96
Berufungen			12,64	15,08
Beschwerden			7,44	8,51
Zivilsachen vor der Kammer für Handels-sachen (KfH)			13,40	11,22
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			6,28	7,14
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			86,94	87,31
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen			17,03	26,30
<u>darunter in</u>				
Berufungen*			15,33	23,70
Beschwerden			1,70	2,60
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger			0,05	0,05
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			8,06	9,88
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

noch: Tabelle zu den Fragen 7.1, 7.2: Personaleinsatz bei den Zivilgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>i n s g e s a m t</u>				
<u>Amtsgerichte</u>				
a) Richterinnen/Richter	1 792,31	1 968,99	2 371,06	2 538,85
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	833,63	853,02	926,60	1 013,62
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	4 587,45	4 664,10	5 295,69	5 647,22
<u>Landgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	2 789,02	2 675,70	2 955,59	3 144,20
<u>d a v o n i n</u>				
Zivilsachen (ohne KfH)	2 538,64	2 419,51	2 658,43	2 833,12
<u>darunter in</u>				
Verfahren 1. Instanz*	1 814,86	1 702,43	1 847,10	1 982,65
Berufungen	470,83	462,84	505,99	525,46
Beschwerden	244,57	244,88	293,01	316,02
Zivilsachen vor der Kammer für Handelssachen (KfH)	250,98	256,14	296,38	311,02
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	265,32	258,54	270,35	290,13
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	2 474,14	2 413,71	2 603,13	2 706,25
<u>Oberlandesgericht(e)</u>				
a) Richterinnen/Richter in Zivilsachen	990,12	978,45	1 047,03	1 087,51
<u>darunter in</u>				
Berufungen*	834,74	831,87	857,61	861,43
Beschwerden	139,96	142,33	151,18	172,92
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger	13,58	11,17	10,06	9,74
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	515,64	534,30	550,76	556,64
* ohne Entschädigungs- und Rückerstattungs-sachen				

Tabelle zu Frage 10.1: Grundbucheintragen

Land	1993	1994	1995	Land	1993	1994	1995
Baden-Württemberg				Rheinland-Pfalz			
Bayern				- Eigentumsveränderungen	165 598	177 824	189 139
- Eigentumsveränderungen	557 145	630 606	593 456	- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	408 930	461 485	451 890
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	2 485 401	2 604 917	2 390 966	Saarland			
Berlin*				- Eigentumsveränderungen	40 116	45 636	48 744
- Eigentumsveränderungen	43 144	53 082	60 186	- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	210 864	216 451	205 092
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	248 733	334 619	399 772	Sachsen			
Brandenburg				- Eigentumsveränderungen			
- Eigentumsveränderungen		113 618	126 404	- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	409 184	525 446	438 141
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III		205 120	271 638	Thüringen			
Bremen				- Eigentumsveränderungen		70 322	348 224
- Eigentumsveränderungen	16 802	18 279	18 581	- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III		123 272	24 631
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	108 082	98 940	101 120	Insgesamt			
Hamburg				- Eigentumsveränderungen	1 857 269	2 496 471	2 753 945
- Eigentumsveränderungen	27 375	28 584	29 182	- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	8 581 012	10 274 228	9 775 634
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	144 444	176 223	198 930				
Hessen							
- Eigentumsveränderungen	178 225	197 768	201 504				
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	764 969	845 228	830 393				
Mecklenburg-Vorpommern							
- Eigentumsveränderungen		72 122	86 208				
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III		141 231	160 256				
Niedersachsen							
- Eigentumsveränderungen	251 252	293 930	286 008				
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	1 347 899	1 409 865	1 317 261				
Nordrhein-Westfalen							
- Eigentumsveränderungen	482 805	580 415	558 846				
- Belastungen/Löschungen in den Abteilungen II und III	2 461 506	2 898 325	2 670 942				

* (einschließlich der Zahlen für die östlichen Bezirke)

Tabelle zu Frage 10.2: Personaleinsatz bei den Grundbuchämtern

Land	1993	1994	1995	Land	1993	1994	1995
Baden-Württemberg				Nordrhein-Westfalen			
Bayern				a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	473,88	502,62	522,63
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	469,65	507,25	519,34	b) ausführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	987,48	1 028,37	1 055,50
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	606,91	602,52	590,88	Rheinland-Pfalz			
Berlin*				a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	159,91	164,41	175,70
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	65,83	68,38	81,49	b) ausführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	252,11	254,08	268,69
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	175,06	168,89	172,45	Saarland			
Brandenburg				a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	41,82	43,64	44,62
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger		116,85	123,73	b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	83,96	84,65	88,56
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)		260,79	235,35	Sachsen			
Bremen				a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger			271,40
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	17,60	18,04	18,10	b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)			461,74
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	47,23	46,26	45,88	Sachsen-Anhalt			
Hamburg				a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger		125,48	109,11
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	33,86	32,38	35,94	b) ausführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)		245,98	238,38
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	100,86	91,89	103,54	Schleswig-Holstein			
Hessen				a) Rechtspflegerinnen Rechtspfleger	99,55	105,18	102,93
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	216,76	224,40	230,48	b) ausführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	197,64	214,68	216,95
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	397,98	391,83	384,45	Thüringen			
Mecklenburg-Vorpommern				a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger		132,08	133,41
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger		93,81	94,24	b) ausführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)		270,75	243,40
b) ausführende Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)		257,76	264,90				
Niedersachsen							
a) Rechtspflegerinnen/ Rechtspfleger	264,95	279,81	288,28				
b) ausführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (= middle- rer und Schreibdienst)	573,40	580,88	568,46				

* (einschließlich der Zahlen für die östlichen Bezirke)

Tabelle zu Frage 11.1: Handelsregistereintragen

Land	1993	1994	1995	Land	1993	1994	1995
Baden-Württemberg				Nordrhein-Westfalen			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen	1 398	1 416	1 596	- Neueintragungen	3 104	3 376	3 427
- Löschungen	1 557	1 656	1 529	- Löschungen	3 797	3 768	3 616
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen	7 998	8 079	7 876	- Neueintragungen	14 865	15 446	15 462
- Löschungen	3 339	3 770	4 085	- Löschungen	7 338	7 972	8 735
Bayern				Rheinland-Pfalz			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen	2 498	2 098	2 152	- Neueintragungen	453	491	550
- Löschungen	2 157	2 187	2 139	- Löschungen	805	718	630
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen	9 984	9 987	9 328	- Neueintragungen	2 684	2 831	2 754
- Löschungen	3 222	3 394	3 974	- Löschungen	1 143	1 210	1 337
Berlin				Saarland			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen	899	798	663	- Neueintragungen	145	161	159
- Löschungen	467	549	579	- Löschungen	146	172	130
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen	4 082	4 102	3 609	- Neueintragungen	818	874	905
- Löschungen	1 202	1 651	2 163	- Löschungen	488	487	517
Brandenburg				Sachsen			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen		681	658	- Neueintragungen			1 385
- Löschungen		53	127	- Löschungen			388
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen		3 231	2 948	- Neueintragungen			4 110
- Löschungen		219	392	- Löschungen			1 063
Bremen				Sachsen-Anhalt			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen	169	210	202	- Neueintragungen		1 409	471
- Löschungen	214	228	232	- Löschungen		936	109
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen	673	697	766	- Neueintragungen		7 808	2 704
- Löschungen	481	487	721	- Löschungen		5 561	682
Hamburg				Schleswig-Holstein			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen	856	876	889	- Neueintragungen	715	843	930
- Löschungen	694	863	811	- Löschungen	714	625	657
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen	2 774	2 845	2 888	- Neueintragungen	2 511	2 765	2 658
- Löschungen	1 360	1 698	1 756	- Löschungen	1 191	1 144	1 202
Hessen				Thüringen			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen	1 174	1 313	1 236	- Neueintragungen		806	538
- Löschungen	1 313	1 322	1 318	- Löschungen		67	101
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen	6 384	6 551	6 238	- Neueintragungen		2 883	2 259
- Löschungen	3 351	3 817	4 001	- Löschungen		218	489
Mecklenburg-Vorpommern				Insgesamt			
<u>HRA</u>				<u>HRA</u>			
- Neueintragungen		993	573	- Neueintragungen	12 813	16 947	16 967
- Löschungen		214	66	- Löschungen	13 483	14 955	13 986
<u>HRB</u>				<u>HRB</u>			
- Neueintragungen		3 763	1 978	- Neueintragungen	58 092	77 391	72 007
- Löschungen		696	185	- Löschungen	25 365	34 666	33 855
Niedersachsen							
<u>HRA</u>							
- Neueintragungen	1 402	1 476	1 538				
- Löschungen	1 619	1 597	1 554				
<u>HRB</u>							
- Neueintragungen	5 319	5 529	5 524				
- Löschungen	2 250	2 342	2 553				

Tabelle zu Frage 11.2:
Personaleinsatz bei den Handelsregistern

Land	1993	1994	1995
Baden-Württemberg			
a) Richter	4,44		
b) Rechtspfleger	61,44		
c) Büro- und Kanzleidienst	72,33		
Bayern			
a) Richter	17,5		
b) Rechtspfleger	44,34		
c) Büro- und Kanzleidienst	92,69		
Berlin			
a) Richter	9,83		
b) Rechtspfleger	15,33		
c) Büro- und Kanzleidienst	47,50		
Brandenburg¹			
a) Richter			
b) Rechtspfleger			
c) Büro- und Kanzleidienst			
Bremen			
a) Richter	1,1		
b) Rechtspfleger	3,97		
c) Büro- und Kanzleidienst	7,67		
Hamburg			
a) Richter	3,2	3,9*	3,9*
b) Rechtspfleger	7,6	8,3*	9,2*
c) Büro- und Kanzleidienst	38,35	45*	41,2*
Hessen			
a) Richter	18,089		
b) Rechtspfleger	32,829		
c) Büro- und Kanzleidienst	72,435		
Mecklenburg-Vorpommern			
a) Richter	8	7	6
b) Rechtspfleger	6	6	7
c) Büro- und Kanzleidienst	22	22	21
Niedersachsen			
a) Richter	17,79		
b) Rechtspfleger	36,66		
c) Büro- und Kanzleidienst	73,07		
Nordrhein-Westfalen			
a) Richter	40,65	46,71	49,42
b) Rechtspfleger	89,99	100,06	103,36
c) Büro- und Kanzleidienst	177,71	185,01	190,71
Rheinland-Pfalz			
a) Richter	6,06		
b) Rechtspfleger	15,43		
c) Büro- und Kanzleidienst	27,77		
Saarland			
a) Richter	3,39	2,92*	2,90*
b) Rechtspfleger	5,12	3,64*	3,64*
c) Büro- und Kanzleidienst	10,37	8,47*	9,10*
Sachsen			
a) Richter			12,35
b) Rechtspfleger			17,24
c) Büro- und Kanzleidienst			20,8
Sachsen-Anhalt			
a) Richter	7	7,05	7,13
b) Rechtspfleger	9,25	9,8	9,3
c) Büro- und Kanzleidienst	30	32	30
Schleswig-Holstein			
a) Richter	8,726		
b) Rechtspfleger	15,955		
c) Büro- und Kanzleidienst	30,594		
Thüringen			
a) Richter	8,15	7,4	6,7
b) Rechtspfleger	9	8,2	8,2
c) Büro- und Kanzleidienst	22,5	23	22

* Geschätzte Angaben

1 In Brandenburg wurden zur Führung der Handelsregister von 1993 bis 1995 insgesamt 7,5 Richter, 8,5 Rechtspfleger und 24 andere Bedienstete eingesetzt.

Tabelle zu Frage 12: (Tabelle 1)
Geschäftsentwicklung bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht und bei der Amtsanwaltschaft – Geschäftsentwicklung der Ermittlungsverfahren (Neuzugänge ohne Abgaben innerhalb der Staats-/Amtsanwaltschaft)

	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg	387.085	418.944	408.893	407.408
Bayern	491.532	545.848	538.359	538.943
Berlin	274.608	293.506	314.158	312.112
Brandenburg			185.229	198.608
Bremen	45.210	44.927	42.448	44.175
Hamburg	129.535	131.744	130.093	129.178
Hessen	294.459	304.687	309.931	298.477
Mecklenburg-Vorp.				173.683
Niedersachsen	377.077	383.566	352.089	364.428
Nordrhein-Westfalen	841.262	887.907	857.219	867.365
Rheinland-Pfalz	168.052	170.178	176.338	178.646
Saarland	46.951	47.366	48.876	49.159
Sachsen		194.136	208.880	228.957
Sachsen-Anhalt		154.629	169.677	173.153
Schleswig-Holstein	132.873	135.999	127.814	135.509
Thüringen			149.455	118.161
Insgesamt	3.188.644	3.713.437	4.019.459	4.217.962

Quelle: Statistisches Bundesamt
Arbeitsunterlage Staatsanwaltschaften
1992: Seite 8 bis 9, Zeile 2
1993: Seite 8, Zeile 1 bis 19
1994: Seite 8, Zeile 1 bis 19
1995: Seite 8, Zeile 1 bis 19

Tabelle zu Frage 12: (Tabelle 2)
Geschäftsentwicklung bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht und bei der Amtsanwaltschaft – eingegangene Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz

	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg	39.137	36.870	38.006	44.384
Bayern	72.921	78.339	82.239	93.009
Berlin	26.302	27.389	35.617	30.784
Brandenburg			6.742	10.650
Bremen	5.924	6.585	5.928	6.202
Hamburg	5.932	8.084	8.110	8.864
Hessen	32.493	33.513	33.424	32.241
Mecklenburg-Vorp.				6.805
Niedersachsen	37.836	37.529	37.217	34.369
Nordrhein-Westfalen	91.266	89.432	92.878	93.471
Rheinland-Pfalz	18.024	17.605	17.332	18.402
Saarland	6.396	5.479	5.355	6.317
Sachsen		3.967	7.134	12.992
Sachsen-Anhalt		4.833	9.513	9.256
Schleswig-Holstein	10.474	9.202	9.207	9.784
Thüringen			14.671	15.524
Insgesamt	346.705	358.827	403.373	433.054

Quelle: Statistisches Bundesamt
Arbeitsunterlage Staatsanwaltschaften
1992: Seite 10 bis 11, Zeile 21
1993: Seite 10, Zeile 1 bis 19
1994: Seite 10, Zeile 1 bis 19
1995: Seite 10, Zeile 1 bis 19

Tabelle zu Frage 13: Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach Art der Erledigung

Art der Erledigung:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
Baden-Württemberg				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	77 780	79 171	83 014	86 796
— nach den §§ 153, 153a StPO	54 218	62 282	61 194	59 875
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	12 408	14 371	15 372	16 764
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	2 768	2 710	2 830	3 067
sonstige Verfahrenseinstellungen	22 795	25 488	26 490	23 283
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	24 289	26 347	25 263	25 476
— zum Jugendrichter	11 945	12 776	11 514	12 430
— zum Schöffengericht	4 548	3 983	3 591	3 533
— zum Jugendschöffengericht	3 022	3 278	3 394	3 386
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	1 123	1 111	1 014	996
— zur Wirtschaftsstrafkammer	61	49	34	38
— zur Jugendstrafkammer	211	223	190	214
Bayern				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	96 637	103 954	110 296	114 708
— nach den §§ 153, 153a StPO	54 893	73 424	75 570	70 487
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	7 706	8 977	9 974	10 440
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	4 958	5 396	5 536	5 940
sonstige Verfahrenseinstellungen	28 528	33 802	36 322	37 086
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	33 356	34 148	34 155	33 738
— zum Jugendrichter	15 474	15 212	15 308	17 202
— zum Schöffengericht	5 650	4 134	3 670	3 431
— zum Jugendschöffengericht	4 362	3 776	3 433	3 723
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	1 496	1 432	1 294	1 232
— zur Wirtschaftsstrafkammer	180	156	153	164
— zur Jugendstrafkammer	229	239	233	254
Berlin*				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	62 037	109 065	105 105	115 976
— nach den §§ 153, 153a StPO	21 207	41 602	33 682	33 023
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	4 328	7 344	6 506	7 001
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	4 017**	4 132	4 623	4 855
sonstige Verfahrenseinstellungen	13 071	17 898	23 796	18 058
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	9 245	20 894	23 102	26 550
— zum Jugendrichter	3 933	8 862	8 256	8 031
— zum Schöffengericht	3 969	4 156	2 271	1 820
— zum Jugendschöffengericht	1 824	3 077	2 859	2 413
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	544	652	594	619
— zur Wirtschaftsstrafkammer	16**	6	10	8
— zur Jugendstrafkammer	102	173	147	159
Brandenburg				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO			33 304	51 012
— nach den §§ 153, 153a StPO			26 573	37 023
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG			4 482	8 431
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG		1 545	2 114	2 077
sonstige Verfahrenseinstellungen			10 125	14 170
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter			7 079	9 653
— zum Jugendrichter			4 919	7 204
— zum Schöffengericht			638	717
— zum Jugendschöffengericht			1 105	1 697
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer			124	174
— zur Wirtschaftsstrafkammer			4	4
— zur Jugendstrafkammer			71	72
* 1992 Berlin-West ** auch Berlin-Ost				
Bremen				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	7 674	7 262	7 031	7 452
— nach den §§ 153, 153a StPO	7 734	7 815	8 438	8 162
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	1 772	1 737	2 007	2 199
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	1 000	973	1 003	1 274
sonstige Verfahrenseinstellungen	4 221	4 928	4 154	4 335
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	3 148	3 808	3 172	3 285
— zum Jugendrichter	1 460	1 532	1 218	1 293
— zum Schöffengericht	637	524	319	293
— zum Jugendschöffengericht	287	192	151	197
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	129	126	112	107
— zur Wirtschaftsstrafkammer	9	12	11	12
— zur Jugendstrafkammer	12	6	18	10
Hamburg				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	32 028	33 361	33 178	35 839
— nach den §§ 153, 153a StPO	14 436	18 419	17 215	17 816
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	7 614	8 187	8 265	8 822
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	1 544	1 724	1 724***	1 774
sonstige Verfahrenseinstellungen	12 128	11 848	10 551	10 639
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	10 412	10 170	8 828	9 761
— zum Jugendrichter	3 191	4 027	3 609	3 500
— zum Schöffengericht	783	652	515	563
— zum Jugendschöffengericht	267	298	146	67
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	338	258	246	205
— zur Wirtschaftsstrafkammer	15	23	19	16
— zur Jugendstrafkammer	5	1	9	4

*** Zahl aus 1993

noch: Tabelle zu Frage 13: Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach Art der Erledigung

Art der Erledigung:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Hessen</u>				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	75 440	71 381	81 405	79 902
— nach den §§ 153, 153a StPO	37 089	40 481	53 250	50 386
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	6 218	6 632	8 466	7 711
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	3 415	3 191	3 082	3 217
sonstige Verfahrenseinstellungen	17 234	18 574	26 319	24 056
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	17 291	18 422	19 931	20 611
— zum Jugendrichter	10 709	10 966	11 121	10 810
— zum Schöffengericht	6 900	5 648	5 430	3 063
— zum Jugenderschöffengericht	2 669	2 514	2 559	2 214
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	958	838	1 012	825
— zur Wirtschaftsstrafkammer	84	67	75	52
— zur Jugendstrafkammer	121	139	126	138
<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO				39 299
— nach den §§ 153, 153a StPO				20 778
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG				7 687
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG				1 641
sonstige Verfahrenseinstellungen				11 521
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter				6 173
— zum Jugendrichter				7 208
— zum Schöffengericht				503
— zum Jugenderschöffengericht				1 771
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer				175
— zur Wirtschaftsstrafkammer				4
— zur Jugendstrafkammer				75
<u>Niedersachsen</u>				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	102 680	97 067	85 732	88 325
— nach den §§ 153, 153a StPO	46 383	54 480	56 427	58 459
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	9 833	10 435	10 819	12 853
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	3 246	3 441	3 406	3 563
sonstige Verfahrenseinstellungen	23 309	26 561	24 326	24 074
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	25 740	26 538	25 780	26 551
— zum Jugendrichter	15 923	18 324	16 478	17 630
— zum Schöffengericht	6 935	4 528	3 073	2 443
— zum Jugenderschöffengericht	3 588	3 285	2 932	3 045
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	876	786	800	735
— zur Wirtschaftsstrafkammer	65	65	55	52
— zur Jugendstrafkammer	201	215	165	202
<u>Nordrhein-Westfalen</u>				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	246 692	250 082	242 921	250 321
— nach den §§ 153, 153a StPO	104 333	123 379	127 650	134 636
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	21 221	22 153	24 343	28 157
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	9 132	8 982	9 242	9 804
sonstige Verfahrenseinstellungen	50 735	57 533	57 693	60 081
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	66 417	69 891	71 147	73 535
— zum Jugendrichter	40 072	39 988	38 431	39 872
— zum Schöffengericht	20 878	17 163	13 868	10 588
— zum Jugenderschöffengericht	11 807	11 552	10 834	10 003
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	2 753	2 358	2 264	2 144
— zur Wirtschaftsstrafkammer	230	170	185	179
— zur Jugendstrafkammer	460	454	369	377
<u>Rheinland-Pfalz</u>				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	42 212	42 535	46 607	48 023
— nach den §§ 153, 153a StPO	20 906	21 135	24 457	25 590
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	3 805	3 805	4 787	5 481
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	615	585	643	680
sonstige Verfahrenseinstellungen	8 256	8 342	9 329	9 811
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	12 280	12 244	12 187	12 324
— zum Jugendrichter	5 107	5 170	4 957	5 089
— zum Schöffengericht	3 741	3 303	2 647	1 767
— zum Jugenderschöffengericht	1 735	1 610	1 645	1 609
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	560	518	499	542
— zur Wirtschaftsstrafkammer	45	40	32	22
— zur Jugendstrafkammer	120	94	74	65
<u>Saarland</u>				
Verfahrenseinstellungen				
— nach § 170 Abs. 2 StPO	10 843	9 724	12 634	12 672
— nach den §§ 153, 153a StPO	5 058	5 301	6 914	8 053
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	1 543	1 284	1 487	1 475
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	187	150	171	209
sonstige Verfahrenseinstellungen	4 698	4 449	5 821	4 333
Erhebung der Anklage				
— zum Strafrichter	4 119	3 518	3 860	3 255
— zum Jugendrichter	1 050	1 071	1 042	1 231
— zum Schöffengericht	1 307	1 035	969	593
— zum Jugenderschöffengericht	773	847	791	602
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	129	86	90	79
— zur Wirtschaftsstrafkammer	10	8	5	9
— zur Jugendstrafkammer	19	17	20	41

noch: Tabelle zu Frage 13: Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach Art der Erledigung

Art der Erledigung:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Sachsen</u>				
Verfahrenseinstellungen		34 994	42 763	51 743
— nach § 170 Abs. 2 StPO		29 904	29 019	31 439
— nach den §§ 153, 153a StPO		7 654	8 328	9 704
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG			2 917	2 911
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG		26 533	26 582	23 019
sonstige Verfahrenseinstellungen				
Erhebung der Anklage		****	11 094	11 202
— zum Strafrichter		6 091	6 663	7 394
— zum Jugendrichter		1 304	1 309	1 015
— zum Schöffengericht		2 321	2 092	2 492
— zum Jugenderschöffengericht		380	328	295
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer				
— zur Wirtschaftsstrafkammer			2	1
— zur Jugendstrafkammer		293	153	152
<u>Sachsen-Anhalt</u>				
Verfahrenseinstellungen		36 494	47 835	48 125
— nach § 170 Abs. 2 StPO		25 349	32 251	31 197
— nach den §§ 153, 153a StPO		9 100	8 678	9 190
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG		1 399	1 969	2 087
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG		13 124	18 860	15 944
sonstige Verfahrenseinstellungen				
Erhebung der Anklage		****	9 028	9 790
— zum Strafrichter		6 112	7 158	8 224
— zum Jugendrichter		787	813	815
— zum Schöffengericht		1 106	1 458	1 740
— zum Jugenderschöffengericht		202	254	239
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer				
— zur Wirtschaftsstrafkammer		6	6	
— zur Jugendstrafkammer		101	88	65
**** 1993 Zahlenwert unbekannt				
<u>Schleswig-Holstein</u>				
Verfahrenseinstellungen		41 893	40 879	42 857
— nach § 170 Abs. 2 StPO	43 474	25 068	24 414	27 685
— nach den §§ 153, 153a StPO	19 934	4 248	3 997	4 381
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG	4 598	1 006	1 061	954
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG	1 185	9 552	8 851	11 722
sonstige Verfahrenseinstellungen	8 073			
Erhebung der Anklage		8 604	8 621	8 348
— zum Strafrichter	8 593	5 227	4 486	4 363
— zum Jugendrichter	4 807	1 220	889	756
— zum Schöffengericht	1 698	1 157	948	930
— zum Jugenderschöffengericht	1 279	194	210	235
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer	241			
— zur Wirtschaftsstrafkammer	15	8	10	11
— zur Jugendstrafkammer	34	34	30	41
<u>Thüringen</u>				
Verfahrenseinstellungen		1 287	6 270	6 591
— nach § 170 Abs. 2 StPO			22 162	19 657
— nach den §§ 153, 153a StPO			6 085	6 162
Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1, 2 JGG			1 625	1 779
Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG			10 586	9 846
sonstige Verfahrenseinstellungen				
Erhebung der Anklage			6 270	6 591
— zum Strafrichter			5 449	6 338
— zum Jugendrichter			807	697
— zum Schöffengericht			1 258	1 533
— zum Jugenderschöffengericht			158	141
— zum Schwurgericht und zur Großen Strafkammer				
— zur Wirtschaftsstrafkammer			5	2
— zur Jugendstrafkammer			63	56

Tabelle zu Frage 14: Dauer der von den Staatsanwaltschaften und den Amtsanwaltschaften erledigten Ermittlungsverfahren (in Prozent)

Land, Verfahrensdauer	1992	1993	1994	1995	Land, Verfahrensdauer	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg					Nordrhein-Westfalen				
bis zu 1 Monat	42,9	45,0	49,5	52,2	bis zu 1 Monat	48,1	51,5	53,1	55,5
über 1 bis 3 Monate	38,4	36,4	32,8	30,4	über 1 bis 3 Monate	34,9	32,2	30,0	29,2
über 3 bis 6 Monate	13,0	12,3	11,6	11,2	über 3 bis 6 Monate	11,8	11,2	11,3	10,2
über 6 bis 12 Monate	4,7	5,1	5,0	5,0	über 6 bis 12 Monate	4,1	3,9	4,3	3,7
über 12 bis 24 Monate	0,9	1,0	0,9	0,9	über 12 bis 24 Monate	0,8	0,8	1,1	1,1
mehr als 24 Monate	0,2	0,2	0,2	0,2	mehr als 24 Monate	0,2	0,3	0,3	0,3
Bayern					Rheinland-Pfalz				
bis zu 1 Monat	51,9	54,7	55,1	61,5	bis zu 1 Monat	43,9	47,0	48,9	51,0
über 1 bis 3 Monate	34,5	32,1	32,4	27,2	über 1 bis 3 Monate	36,4	33,2	31,2	30,8
über 3 bis 6 Monate	10,7	9,7	9,0	7,9	über 3 bis 6 Monate	13,0	12,8	12,1	11,4
über 6 bis 12 Monate	2,5	3,0	2,6	2,6	über 6 bis 12 Monate	4,8	5,2	5,4	4,7
über 12 bis 24 Monate	0,4	0,5	0,8	0,6	über 12 bis 24 Monate	1,6	1,5	1,8	1,6
mehr als 24 Monate	0,1	0,1	0,1	0,2	mehr als 24 Monate	0,4	0,4	0,5	0,5
Berlin*					Saarland				
bis zu 1 Monat	65,0	67,1	65,7	68,8	bis zu 1 Monat	37,4	28,5	28,0	34,0
über 1 bis 3 Monate	19,9	20,5	19,0	18,7	über 1 bis 3 Monate	35,1	40,2	34,5	34,0
über 3 bis 6 Monate	9,4	8,2	8,7	8,0	über 3 bis 6 Monate	15,8	19,0	22,6	18,1
über 6 bis 12 Monate	4,7	3,4	4,3	3,3	über 6 bis 12 Monate	6,9	8,1	11,0	9,4
über 12 bis 24 Monate	0,9	0,8	1,4	0,8	über 12 bis 24 Monate	3,1	3,0	3,4	3,8
mehr als 24 Monate	0,1	0,1	0,8	0,4	mehr als 24 Monate	0,8	1,2	0,6	0,8
Brandenburg					Sachsen				
bis zu 1 Monat			39,8	37,2	bis zu 1 Monat		31,0	36,3	42,0
über 1 bis 3 Monate			35,0	31,7	über 1 bis 3 Monate		35,2	34,8	33,6
über 3 bis 6 Monate			16,6	17,8	über 3 bis 6 Monate		19,5	16,2	13,8
über 6 bis 12 Monate			6,8	10,1	über 6 bis 12 Monate		12,0	9,7	8,2
über 12 bis 24 Monate			1,6	2,9	über 12 bis 24 Monate		2,2	2,4	1,7
mehr als 24 Monate			0,2	0,2	mehr als 24 Monate		0,1	0,6	0,6
Bremen					Sachsen-Anhalt				
bis zu 1 Monat	47,4	46,2	43,9	51,8	bis zu 1 Monat		35,0	40,4	46,6
über 1 bis 3 Monate	29,9	29,5	32,1	27,9	über 1 bis 3 Monate		29,9	27,6	30,5
über 3 bis 6 Monate	12,5	13,8	13,8	11,0	über 3 bis 6 Monate		19,2	14,8	12,4
über 6 bis 12 Monate	6,8	6,9	6,9	5,9	über 6 bis 12 Monate		11,8	11,3	6,7
über 12 bis 24 Monate	2,7	2,9	2,6	2,4	über 12 bis 24 Monate		3,8	5,2	3,1
mehr als 24 Monate	0,7	0,8	0,7	1,0	mehr als 24 Monate		0,2	0,7	0,7
Hamburg					Schleswig-Holstein				
bis zu 1 Monat	61,7	64,3	64,1	65,3	bis zu 1 Monat		51,9	52,7	55,3
über 1 bis 3 Monate	21,2	21,9	22,5	22,9	über 1 bis 3 Monate		32,4	31,6	29,9
über 3 bis 6 Monate	11,5	8,5	8,4	7,0	über 3 bis 6 Monate		11,3	11,3	10,4
über 6 bis 12 Monate	4,5	4,0	3,7	3,5	über 6 bis 12 Monate		3,3	3,6	3,3
über 12 bis 24 Monate	0,9	1,0	1,1	1,0	über 12 bis 24 Monate		0,6	0,7	0,8
mehr als 24 Monate	0,2	0,2	0,3	0,2	mehr als 24 Monate		0,4	0,3	0,2
Hessen					Thüringen				
bis zu 1 Monat	42,5	42,4	41,1	44,2	bis zu 1 Monat			37,0	46,3
über 1 bis 3 Monate	34,5	34,7	34,4	33,3	über 1 bis 3 Monate			28,9	30,9
über 3 bis 6 Monate	15,0	14,8	14,6	13,4	über 3 bis 6 Monate			16,1	11,9
über 6 bis 12 Monate	6,4	6,5	7,3	6,6	über 6 bis 12 Monate			11,9	7,1
über 12 bis 24 Monate	2,3	1,3	1,9	1,7	über 12 bis 24 Monate			5,0	2,9
mehr als 24 Monate	0,4	0,4	0,7	0,7	mehr als 24 Monate			0,9	0,8
Mecklenburg-Vorpommern					Insgesamt				
bis zu 1 Monat				32,4	bis zu 1 Monat	50,0	51,0	51,0	53,7
über 1 bis 3 Monate				28,7	über 1 bis 3 Monate	33,0	31,2	30,0	28,6
über 3 bis 6 Monate				15,7	über 3 bis 6 Monate	11,7	11,7	11,7	10,8
über 6 bis 12 Monate				12,0	über 6 bis 12 Monate	4,2	4,9	5,3	4,9
über 12 bis 24 Monate				7,2	über 12 bis 24 Monate	0,9	1,0	1,6	1,5
mehr als 24 Monate				4,0	mehr als 24 Monate	0,2	0,2	0,4	0,6
Niedersachsen									
bis zu 1 Monat	57,8	59,4	59,7	63,9					
über 1 bis 3 Monate	29,2	27,5	27,0	24,1					
über 3 bis 6 Monate	9,1	8,9	8,9	7,9					
über 6 bis 12 Monate	3,3	3,4	3,4	3,1					
über 12 bis 24 Monate	0,5	0,6	0,7	0,6					
mehr als 24 Monate	0,1	0,2	0,3	0,4					
* 1992 Berlin-West									

Tabelle zu Frage 15:
Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls

	1992 *	1993 *	1994 *	1995
Baden-Württemberg	86.151	103.594	98.366	91.448
Bayern	104.512	119.943	120.725	112.990
Berlin	19.435	46.010	44.691	42.585
Brandenburg			16.705	25.591
Bremen	7.379	7.100	6.518	7.033
Hamburg	13.291	14.273	14.735	14.218
Hessen	38.114	43.723	44.504	43.075
Mecklenburg-Vorp.			19.771	
Niedersachsen	60.389	64.480	57.437	54.263
Nordrhein-Westfalen	128.541	136.202	130.859	123.120
Rheinland-Pfalz	31.769	32.789	29.909	28.776
Saarland	5.944	5.995	6.193	5.614
Sachsen		32.615	44.173	46.904
Sachsen-Anhalt		19.086	22.704	21.016
Schleswig-Holstein	18.156	18.094	16.140	15.866
Thüringen			15.347	16.275
Insgesamt	513.681	643.904	669.006	668.545

* 1992 früheres Bundesgebiet
1993 früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost sowie Sachsen und Sachsen-Anhalt
1994 ohne Mecklenburg-Vorpommern

Quelle: Statistisches Bundesamt
Arbeitsunterlage Staatsanwaltschaften
1992: Seite 14 bis 15, Zeile 13
1993 bis 1995: Seite 14 bis 17, Zeile 13

Tabelle zu Frage 16.3:
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlaß eines Strafbefehls nach § 408 Abs. 3 StPO

	1992 *	1993 *	1994 *	1995
Baden-Württemberg	650	717	692	586
Bayern	689	946	1.178	1.349
Berlin	258	204	237	254
Brandenburg		218	348	347
Bremen	69	58	47	43
Hamburg	194	167	167 x	138
Hessen	192	218	278	334
Mecklenburg-Vorp.				201
Niedersachsen	631	498	445	442
Nordrhein-Westfalen	1.462	1.382	1.528	1.616
Rheinland-Pfalz	105	109	117	69
Saarland	40	17	20	17
Sachsen			536	442
Sachsen-Anhalt		66	115	112
Schleswig-Holstein	114	279	84	94
Thüringen		152	247	318
Insgesamt	4.404	5.031	6.039	6.362

* 1992 früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost
1993 ohne Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen
1994 ohne Mecklenburg-Vorpommern

x Ergebnisse aus 1993

Quelle: Statistisches Bundesamt
Arbeitsunterlage Strafgerichte
1992: Seite 10 bis 11, Zeile 11
1993 bis 1995: Seite 12 bis 13, Zeile 11

Tabelle zu Frage 16.1:
Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls mit Freiheitsstrafe auf Bewährung

	1992	1993	1994 *	1995
Baden-Württemberg			243	398
Bayern			1.491	1.595
Berlin			127	134
Brandenburg			547	410
Bremen			74	94
Hamburg			354	323
Hessen			2.396	1.300
Mecklenburg-Vorp.				62
Niedersachsen			517	504
Nordrhein-Westfalen			1.629	984
Rheinland-Pfalz			303	124
Saarland				37
Sachsen			428	951
Sachsen-Anhalt			47	45
Schleswig-Holstein			6	37
Thüringen			105	64
Insgesamt			8.267	7.062

* ohne Mecklenburg-Vorpommern und Saarland

Quelle: Statistisches Bundesamt
Arbeitsunterlage Staatsanwaltschaften
1994 und 1995: Seite 14 bis 17, Zeile 15

Tabelle zu Frage 16.4:
Einspruch gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl

	1992 *	1993 *	1994 *	1995
Baden-Württemberg	24.205	25.100	26.853	26.862
Bayern	31.631	33.398	35.402	36.521
Berlin	7.515	8.922	9.964	10.930
Brandenburg		1.759	2.798	3.265
Bremen	2.014	2.125	1.991	2.095
Hamburg	2.888	2.942	2.942 x	3.468
Hessen	9.456	9.934	10.403	10.236
Mecklenburg-Vorp.				2.318
Niedersachsen	12.365	12.573	12.678	12.859
Nordrhein-Westfalen	33.447	33.927	34.870	34.395
Rheinland-Pfalz	8.928	8.872	8.641	8.907
Saarland	2.087	2.172	2.099	2.186
Sachsen			6.847	9.524
Sachsen-Anhalt		1.459	2.614	3.053
Schleswig-Holstein	3.439	3.289	3.193	2.940
Thüringen		1.845	2.737	3.403
Insgesamt	137.975	148.317	164.032	172.962

* 1992 früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost
1993 ohne Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen
1994 ohne Mecklenburg-Vorpommern

x Ergebnisse aus 1993

Quelle: Statistisches Bundesamt
Arbeitsunterlage Strafgerichte
1992: Seite 10 bis 11, Zeile 12
1993 bis 1995: Seite 12 bis 13, Zeile 12

Tabelle zu Frage 17.1: Durchschnittliche Dauer der Verfahren vor den Strafgerichten vom Tag des Eingangs bis zur Erledigung (nach Monaten)

Land, Art des Verfahrens	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	3,8	3,8	3,9	3,9
— Jugendrichtern	3,0	3,1	3,2	3,2
— Schöffeng	5,0	5,1	5,4	5,3
— Jugendschöffeng	3,2	3,1	3,5	3,7
— Allg. Strafkammern	6,0	5,8	5,6	5,9
— Schwurgerichten	5,5	4,5	4,4	4,5
— Wirtschaftsstrafkammern	14,6	16,0	14,5	10,1
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	4,0	4,0	4,4	4,1
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	3,5	4,5	3,5	3,5
— Schöffengerichte	5,2	4,5	4,1	4,0
— Jugendstrafkammern	3,3	3,5	3,1	3,2
Bayern				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	2,9	3,0	3,0	3,2
— Jugendrichtern	2,4	2,4	2,4	2,5
— Schöffeng	4,3	4,5	4,2	4,5
— Jugendschöffeng	2,6	2,7	2,7	2,7
— Allg. Strafkammern	5,1	5,1	5,5	5,1
— Schwurgerichten	4,5	5,1	4,4	4,6
— Wirtschaftsstrafkammern	9,7	10,5	10,4	9,6
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	4,4	4,9	4,9	4,5
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	2,5	2,6	2,8	2,9
— Schöffengerichte	4,4	4,4	4,0	4,2
— Jugendstrafkammern	2,7	2,5	2,8	2,5

Land, Art des Verfahrens	1992	1993	1994	1995
Bremen				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	5,2	5,4	5,5	4,8
— Jugendrichtern	4,7	4,8	5,8	4,2
— Schöffeng	6,9	7,5	9,2	9,1
— Jugendschöffeng	5,0	6,3	8,4	6,6
— Allg. Strafkammern	5,4	7,4	7,6	8,2
— Schwurgerichten	4,9	4,5	5,2	6,5
— Wirtschaftsstrafkammern	15,5	9,9	9,1	21,0
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	5,4	6,9	7,9	7,4
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	2,6	3,5	4,6	4,0
— Schöffengerichte	4,5	5,1	3,5	4,3
— Jugendstrafkammern	3,6	3,1	2,7	3,5
Hamburg				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	3,6	3,8		4,0
— Jugendrichtern	3,6	3,4		3,7
— Schöffeng	5,1	5,1		6,4
— Jugendschöffeng	5,0	5,0		6,0
— Allg. Strafkammern	6,2	8,6		6,9
— Schwurgerichten	6,2	6,8		11,3
— Wirtschaftsstrafkammern	17,2	15,4		11,3
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	2,9	6,9		6,1
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	4,1	3,6		3,7
— Schöffengerichte	5,7	6,2		4,5
— Jugendstrafkammern	4,1	6,5		4,0

Land, Art des Verfahrens	1992	1993	1994	1995
Berlin				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	3,7	4,4	5,0	6,0
— Jugendrichtern	3,0	3,2	3,2	3,1
— Schöffeng	5,6	6,2	8,3	9,9
— Jugendschöffeng	3,7	4,0	4,2	4,4
— Allg. Strafkammern	4,5	4,3	4,8	4,9
— Schwurgerichten	3,3	4,4	6,1	7,1
— Wirtschaftsstrafkammern	7,0	9,3	15,4	7,4
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	3,9	4,0	4,5	5,0
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	3,2	3,0	3,0	3,3
— Schöffengerichte	3,5	3,8	4,0	4,9
— Jugendstrafkammern	2,5	2,9	2,9	3,2
Brandenburg				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern				5,8
— Jugendrichtern				6,0
— Schöffeng				8,5
— Jugendschöffeng				5,6
— Allg. Strafkammern				6,5
— Schwurgerichten				5,5
— Wirtschaftsstrafkammern				8,3
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern				5,3
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter				3,9
— Schöffengerichte				4,0
— Jugendstrafkammern				3,3

Land, Art des Verfahrens	1992	1993	1994	1995
Hessen				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	4,7	4,8	5,1	5,0
— Jugendrichtern	3,8	3,5	3,9	3,8
— Schöffeng	5,8	6,4	6,9	8,1
— Jugendschöffeng	4,0	3,9	4,2	4,3
— Allg. Strafkammern	7,7	9,6	8,7	8,8
— Schwurgerichten	8,5	6,9	7,4	8,0
— Wirtschaftsstrafkammern	16,5	16,5	17,0	16,7
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	6,4	6,9	7,9	8,1
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	3,7	4,1	4,0	4,3
— Schöffengerichte	5,3	5,1	5,0	5,7
— Jugendstrafkammern	5,4	5,0	4,3	4,7
Mecklenburg-Vorpommern				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern				5,7
— Jugendrichtern				5,4
— Schöffeng				6,9
— Jugendschöffeng				5,2
— Allg. Strafkammern				5,0
— Schwurgerichten				4,5
— Wirtschaftsstrafkammern				4,0
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern				5,5
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter				2,7
— Schöffengerichte				3,1
— Jugendstrafkammern				3,0

noch: Tabelle zu Frage 17.1: Durchschnittliche Dauer der Verfahren vor den Strafgerichten vom Tag des Eingangs bis zur Erledigung (nach Monaten)

Land, Art des Verfahrens	1992	1993	1994	1995
Niedersachsen				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	4,0	4,2	4,3	4,2
— Jugendrichtern	3,0	3,2	3,2	3,2
— Schöffeng	4,9	5,8	6,0	6,6
— Jugendschöffeng	3,2	3,4	3,4	3,4
— Allg. Strafkammern	5,2	5,6	5,1	5,1
— Schwurgerichten	5,0	5,3	5,4	4,8
— Wirtschaftsstrafkammern	14,8	14,0	14,5	15,4
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	5,1	4,4	5,2	5,0
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	2,5	2,8	2,7	2,9
— Schöffengerichte	4,3	3,7	3,4	3,8
— Jugendstrafkammern	4,0	3,5	3,2	3,2
Nordrhein-Westfalen				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	4,3	4,4	4,5	4,6
— Jugendrichtern	3,4	3,5	3,6	3,5
— Schöffeng	4,8	5,1	5,4	5,5
— Jugendschöffeng	3,4	3,5	3,6	3,6
— Allg. Strafkammern	5,9	6,0	6,1	5,9
— Schwurgerichten	5,6	4,9	6,2	5,1
— Wirtschaftsstrafkammern	15,0	13,8	12,1	12,3
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	4,4	5,1	5,9	6,1
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	3,1	3,2	3,1	3,1
— Schöffengerichte	4,2	4,4	3,4	3,7
— Jugendstrafkammern	2,7	2,6	2,8	3,1

Rheinland-Pfalz				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	4,2	4,4	4,6	4,8
— Jugendrichtern	3,5	3,9	3,7	3,9
— Schöffeng	6,2	6,5	6,9	7,1
— Jugendschöffeng	4,0	4,3	3,9	4,3
— Allg. Strafkammern	6,4	6,3	6,7	6,6
— Schwurgerichten	5,5	6,7	5,6	5,5
— Wirtschaftsstrafkammern	16,5	13,5	15,7	10,7
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	5,5	5,8	6,9	5,9
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	5,0	4,9	4,5	3,9
— Schöffengerichte	4,5	4,9	5,4	5,9
— Jugendstrafkammern	3,6	3,2	3,6	3,7
Saarland				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	4,0	4,1	4,3	4,6
— Jugendrichtern	4,0	4,3	4,1	4,2
— Schöffeng	5,6	8,1	6,9	9,8
— Jugendschöffeng	3,5	3,5	4,2	6,1
— Allg. Strafkammern	8,3	5,6	9,5	4,9
— Schwurgerichten	12,0	8,4	9,6	7,3
— Wirtschaftsstrafkammern	6,1	12,4	14,0	10,6
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	11,4	10,6	7,0	5,4
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	1,8	2,9	2,3	2,9
— Schöffengerichte	5,9	5,8	3,8	6,4
— Jugendstrafkammern	4,8	4,4	3,2	3,2

Land, Art des Verfahrens	1992	1993	1994	1995
Sachsen				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern			4,9	5,1
— Jugendrichtern			4,4	4,2
— Schöffeng			6,1	6,7
— Jugendschöffeng			5,3	4,8
— Allg. Strafkammern			5,0	5,3
— Schwurgerichten			4,8	4,3
— Wirtschaftsstrafkammern			5,0	5,0
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern			4,4	4,6
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter			3,0	2,8
— Schöffengerichte			—	3,4
— Jugendstrafkammern			2,9	3,3
Sachsen-Anhalt				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern		4,9	5,6	6,6
— Jugendrichtern		5,2	5,6	5,2
— Schöffeng		6,3	6,9	8,4
— Jugendschöffeng		4,9	6,2	6,2
— Allg. Strafkammern		4,6	6,0	5,7
— Schwurgerichten		5,0	4,8	7,6
— Wirtschaftsstrafkammern		11,5	10,8	9,4
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern		4,6	6,1	6,6
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter		2,7	4,2	4,1
— Schöffengerichte		2,4	5,7	4,9
— Jugendstrafkammern		3,6	3,7	4,7
Schleswig-Holstein				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	4,9	5,0	5,1	5,2
— Jugendrichtern	3,8	3,7	4,0	3,7
— Schöffeng	6,0	6,6	7,2	6,5
— Jugendschöffeng	3,4	3,7	3,4	3,2
— Allg. Strafkammern	7,8	6,9	7,7	6,5
— Schwurgerichten	9,3	9,3	4,8	6,7
— Wirtschaftsstrafkammern	16,8	20,3	22,5	18,2
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	5,2	4,1	7,0	3,5
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	3,3	3,2	3,6	3,2
— Schöffengerichte	5,8	5,8	4,8	5,3
— Jugendstrafkammern	4,4	3,1	2,7	3,6
Thüringen				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern		4,8	5,2	5,5
— Jugendrichtern		4,8	4,7	4,9
— Schöffeng		7,3	7,6	7,7
— Jugendschöffeng		5,6	5,4	5,0
— Allg. Strafkammern		5,0	3,9	5,6
— Schwurgerichten		8,3	5,0	5,2
— Wirtschaftsstrafkammern		—	6,7	6,2
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern		4,9	3,7	6,2
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter		3,3	3,8	3,6
— Schöffengerichte		3,6	3,9	4,0
— Jugendstrafkammern		2,4	2,4	3,1
Insgesamt				
Verfahren 1. Instanz vor den:				
— Strafrichtern	3,9	4,1	4,3	4,5
— Jugendrichtern	3,2	3,4	3,6	3,7
— Schöffeng	5,1	5,6	6,0	6,5
— Jugendschöffeng	3,4	3,6	3,9	4,1
— Allg. Strafkammern	5,9	6,2	6,1	6,0
— Schwurgerichten	5,7	5,5	5,5	5,7
— Wirtschaftsstrafkammern	14,1	13,7	13,1	11,7
— Jugendstraf- u. Jugendschutzkammern	4,8	5,1	5,5	5,5
Rechtsmittelverfahren vor den:				
— Strafkammern gegen Urteile der				
— Strafrichter	3,2	3,4	3,2	3,3
— Schöffengerichte	4,5	4,6	4,0	4,3
— Jugendstrafkammern	3,3	3,1	3,1	3,3

Tabelle zu Frage 17.2: Vor den Amtsgerichten, Landgerichten und Oberlandesgerichten erledigte Strafverfahren nach Hauptverhandlungstagen

Land, Dauer der Hauptverhandlungen	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg				
1 Tag	47.431	48.728	49.172	49.709
2 bis 5 Tage	6.027	6.189	6.321	6.403
6 bis 10 Tage	97	100	99	123
11 bis 20 Tage	23	34	32	32
mehr als 21 Tage	13	14	11	15
Bayern				
1 Tag	69.620	70.980	70.355	72.357
2 bis 5 Tage	10.931	11.502	11.209	11.293
6 bis 10 Tage	130	119	132	138
11 bis 20 Tage	32	40	25	38
mehr als 21 Tage	14	15	16	14
Berlin				
1 Tag	22.770	25.696	27.825	29.272
2 bis 5 Tage	5.225	5.608	6.458	6.836
6 bis 10 Tage	73	59	92	107
11 bis 20 Tage	9	16	16	25
mehr als 21 Tage	5	6	9	9
Brandenburg				
1 Tag		11.040	16.031	18.504
2 bis 5 Tage		1.787	2.209	2.467
6 bis 10 Tage		16	42	30
11 bis 20 Tage		4	8	8
mehr als 21 Tage		-	1	-
Bremen				
1 Tag	5.042	5.437	5.216	5.215
2 bis 5 Tage	967	1.116	1.175	1.101
6 bis 10 Tage	23	31	22	32
11 bis 20 Tage	2	9	6	5
mehr als 21 Tage	1	4	1	4

Land, Dauer der Hauptverhandlungen	1992	1993	1994	1995
Rheinland-Pfalz				
1 Tag	21.595	21.163	20.529	20.056
2 bis 5 Tage	4.061	4.147	4.158	4.029
6 bis 10 Tage	60	89	65	60
11 bis 20 Tage	27	27	29	18
mehr als 21 Tage	6	12	13	17
Saarland				
1 Tag	6.517	6.176	5.735	5.843
2 bis 5 Tage	1.476	1.431	1.369	1.233
6 bis 10 Tage	21	23	24	22
11 bis 20 Tage	4	12	2	4
mehr als 21 Tage	2	2	5	1
Sachsen				
1 Tag			20.602	23.423
2 bis 5 Tage			3.737	4.464
6 bis 10 Tage			72	83
11 bis 20 Tage			11	18
mehr als 21 Tage			3	8
Sachsen-Anhalt				
1 Tag		9.312	14.499	15.154
2 bis 5 Tage		2.014	2.568	2.914
6 bis 10 Tage		42	68	95
11 bis 20 Tage		19	18	50
mehr als 21 Tage		3	6	11
Schleswig-Holstein				
1 Tag	13.751	13.411	12.785	12.203
2 bis 5 Tage	2.132	2.080	1.908	1.789
6 bis 10 Tage	24	37	42	29
11 bis 20 Tage	6	14	10	8
mehr als 21 Tage	1	3	4	6

Hamburg				
1 Tag	13.278	13.658	13.658*	12.691
2 bis 5 Tage	3.335	3.739	3.739*	3.040
6 bis 10 Tage	125	145	145*	102
11 bis 20 Tage	27	28	28*	37
mehr als 21 Tage	20	16	16*	24
Hessen				
1 Tag	35.385	35.161	34.780	33.741
2 bis 5 Tage	5.253	5.931	5.816	5.131
6 bis 10 Tage	108	122	121	107
11 bis 20 Tage	41	35	40	49
mehr als 21 Tage	35	17	25	17
Mecklenburg-Vorpommern				
1 Tag				10.113
2 bis 5 Tage				2.145
6 bis 10 Tage				28
11 bis 20 Tage				6
mehr als 21 Tage				1
Niedersachsen				
1 Tag	47.730	47.727	45.123	44.511
2 bis 5 Tage	6.999	7.263	6.963	6.832
6 bis 10 Tage	98	98	96	111
11 bis 20 Tage	38	41	44	42
mehr als 21 Tage	13	13	17	15
Nordrhein-Westfalen				
1 Tag	124.414	126.564	126.534	125.203
2 bis 5 Tage	19.001	19.982	19.001	18.926
6 bis 10 Tage	291	274	308	287
11 bis 20 Tage	78	92	91	86
mehr als 21 Tage	40	31	34	35
*Ergebnisse aus 1993				

Thüringen				
1 Tag		7.512	10.505	12.493
2 bis 5 Tage		1.477	2.115	2.808
6 bis 10 Tage		29	30	43
11 bis 20 Tage		4	4	7
mehr als 21 Tage		-	-	-
Insgesamt				
1 Tag	407.533	442.565	473.349	490.488
2 bis 5 Tage	65.407	74.266	78.746	81.411
6 bis 10 Tage	1.050	1.184	1.358	1.397
11 bis 20 Tage	287	375	364	433
mehr als 21 Tage	150	136	161	177
Ergebnisse aus 1993				

Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Baden-Württemberg</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	276,75	270,48	265,72	268,67
d a v o n a l s				
Strafrichter	168,84	167,30	163,97	169,59
d a v o n i n				
— Strafsachen	127,59	124,63	126,29	129,76
— Bußgeldsachen	41,25	42,67	37,68	39,83
Vorsitz. eines Schöffengerichts	40,24	39,04	37,42	34,76
Jugendrichter	44,78	41,09	40,05	38,82
d a v o n i n				
— Strafsachen	39,52	36,18	35,64	34,77
— Bußgeldsachen	5,26	4,91	4,41	4,05
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	22,89	23,05	24,28	25,50
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	56,72	55,56	52,86	52,38
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	565,55	559,73	556,95	550,29
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	231,51	227,02	218,47	223,74
d a v o n i n				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	200,80	195,73	185,89	185,70
d a v o n i n				
erstinstanzlichen Kammern	93,45	97,50	95,04	94,84
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	28,96	40,37		
./.. Urt.d.Strafrichters**			26,20	27,22
./.. Urt.d.Schöffengerichts**			12,86	11,77
— Kleine Jugendkammern**			3,51	3,75
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	58,38	37,46	29,06	29,04
— Große Strafvollstreckungskammern	5,91	4,53	3,55	2,92
— Kleine Strafvollstreckungskammern	14,10	15,87	15,67	16,16
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	3,37	3,43	5,16	9,77
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	27,34	27,86	27,42	28,27
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	6,00	5,45	5,49	5,50
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	127,23	132,18	132,12	128,58
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	32,60	32,50	32,91	31,27
d a v o n i n				
— erstinstanzlichen Sachen	5,53	5,05	5,39	3,95
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	9,90	9,94	10,18	10,26
— sonstigen Angelegenheiten	17,17	17,51	17,34	17,06
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,12	0,12	0,12	0,12
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	14,36	11,14	12,30	12,12
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Bayern</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	351,63	354,35	350,81	349,44
d a v o n als				
Strafrichter	225,10	226,37	232,37	235,91
d a v o n in				
— Strafsachen	165,88	167,36	171,24	174,26
— Bußgeldsachen	59,22	59,01	61,13	61,65
Vorsitz. eines Schöffengerichts	39,60	38,28	32,05	29,82
Jugendrichter	60,46	62,59	59,79	57,91
d a v o n in				
— Strafsachen	52,69	54,83	52,47	50,90
— Bußgeldsachen	7,77	7,76	7,32	7,01
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	26,47	27,11	26,60	25,80
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	60,80	59,61	57,37	56,76
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	745,70	747,80	740,68	738,53
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	257,69	236,99	224,20	212,22
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	207,19	182,27	173,26	153,88
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	86,92	88,30	83,11	73,42

noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	38,08	44,77		
./. Urt.d.Strafrichters**			32,65	30,20
./. Urt.d.Schöffengerichts**			13,82	11,73
— Kleine Jugendkammern**			3,92	3,16
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	63,87	32,98	23,23	19,75
— Große Strafvollstreckungskammern	7,08	4,51	3,54	2,61
— Kleine Strafvollstreckungskammern	11,24	11,71	12,99	13,01
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	6,62	12,13	9,11	15,97
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	43,88	42,59	41,83	42,37
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	6,60	6,49	6,51	6,17
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	167,43	162,27	160,89	157,79
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	38,81	39,23	39,17	39,75
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	11,77	12,06	12,46	12,43
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	17,98	16,79	17,67	18,00
— sonstigen Angelegenheiten	9,06	10,38	9,04	9,32
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	1,02	1,13	0,84	0,82
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	15,70	17,04	13,47	14,53
<p>* bis 1993 ** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils</p>				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Berlin</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	148,75	156,38	166,50	181,75
d a v o n als				
Strafrichter	85,76	89,29	100,32	121,06
d a v o n in				
— Strafsachen	58,48	59,96	69,58	83,18
— Bußgeldsachen	27,28	29,33	30,74	37,88
Vorsitz. eines Schöffengerichts	26,49	27,59	26,18	16,19
Jugendrichter	21,25	21,29	20,76	24,16
d a v o n in				
— Strafsachen	20,33	20,30	19,84	22,96
— Bußgeldsachen	0,92	0,99	0,92	1,20
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	15,25	18,21	19,24	20,34
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	17,61	17,05	19,99	24,98
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	251,26	288,54	330,00	337,64
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen (ohne Rehabilitierungssachen)	91,18	96,46	114,69	127,43
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	61,71	74,08	81,59	92,57
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	49,21	56,30	45,93	58,80

noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	7,00	12,28		
./. Urt.d.Strafrichters**			6,65	8,21
./. Urt.d.Schöffengerichts**			5,10	4,54
— Kleine Jugendkammern**			4,93	5,07
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	0,00	0,00	13,73	10,64
— Große Strafvollstreckungskammern	1,00	1,00	1,00	0,75
— Kleine Strafvollstreckungskammern	4,50	4,50	4,25	4,56
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	17,47	12,38	21,35	22,99
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	12,00	10,00	11,75	11,87
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	2,75	4,00	4,80	3,74
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	73,98	77,09	81,38	83,43
Kammergericht				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	12,25	12,74	14,26	13,38
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	1,00	4,88	4,74	5,00
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	5,25	3,26	3,58	3,26
— sonstigen Angelegenheiten	6,00	4,60	5,94	5,10
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,40	0,40	0,40	0,50
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	11,38	12,70	10,89	9,81
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Brandenburg</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren d a v o n a l s Strafrichter			66,84	78,77
d a v o n i n — Strafsachen			31,15	39,32
— Bußgeldsachen			25,62	32,00
Vorsitz. eines Schöffengerichts			5,53	7,32
Jugendrichter			9,66	9,53
d a v o n i n — Strafsachen			14,60	17,58
— Bußgeldsachen			13,17	15,83
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.			1,43	1,75
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			11,43	12,34
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			9,58	11,73
			113,99	128,46
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen d a v o n i n Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)			46,51	45,33
d a v o n i n erstinstanzlichen Kammern			43,01	41,06
			30,29	27,41
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*			1,82	3,22
./ . Urt.d.Strafrichters**			0,92	1,59
./ . Urt.d.Schöffengerichts**			2,02	1,90
— Kleine Jugendkammern**			5,62	4,63
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern				
— Große Strafvollstreckungskammern			0,28	0,30
— Kleine Strafvollstreckungskammern			2,06	2,01
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen			2,21	2,82
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG			1,29	1,45
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren			1,16	1,66
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			36,49	34,97
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren d a v o n i n — erstinstanzlichen Sachen			3,60	3,60
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)			0,00	0,00
— sonstigen Angelegenheiten			2,75	1,50
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			0,85	2,10
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			0,05	0,05
			3,25	2,91
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Bremen</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	35,82	37,46	38,38	34,82
d a v o n als				
Strafrichter	23,30	25,01	26,18	22,78
d a v o n in				
— Strafsachen	15,64	17,27	17,92	16,10
— Bußgeldsachen	7,66	7,74	8,26	6,68
Vorsitz. eines Schöffengerichts	3,40	3,55	3,70	3,59
Jugendrichter	7,27	7,06	6,66	6,61
d a v o n in				
— Strafsachen	6,63	6,45	6,05	6,00
— Bußgeldsachen	0,64	0,61	0,61	0,61
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	1,85	1,84	1,84	1,84
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	5,71	6,20	6,33	6,42
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	70,01	73,04	67,68	67,34
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	18,24	15,64	15,05	16,69
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	9,11	8,32	6,27	8,14
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	5,18	4,75	3,43	4,23
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	1,01	0,85		
./. Urt.d.Strafrichters**			0,76	0,93
./. Urt.d.Schöffengerichts**			0,56	0,70
— Kleine Jugendkammern**			0,02	0,09
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	2,12	1,91	0,81	1,12
— Große Strafvollstreckungskammern	0,25	0,07	0,07	0,10
— Kleine Strafvollstreckungskammern	0,55	0,74	0,62	0,97
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	3,83	1,67	2,78	2,55
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	5,30	5,65	6,00	6,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	0,40	0,40	0,40	0,40
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	12,42	12,22	12,36	11,69
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	2,49	2,35	2,30	2,06
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	—	—	—	—
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	1,06	1,01	1,00	0,88
— sonstigen Angelegenheiten	1,43	1,34	1,30	1,18
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	—	—	—	—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	1,10	1,10	1,10	1,10
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Hamburg</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	78,96	81,53	75,68	75,63
d a v o n als				
Strafrichter		58,57	54,19	55,52
d a v o n in				
— Strafsachen		46,79	38,31	46,00
— Bußgeldsachen		11,78	15,88	9,52
Vorsitz. eines Schöffengerichts	64,91***	8,91	1,99	4,75
Jugendrichter		10,75	17,74	12,09
d a v o n in				
— Strafsachen		10,61	17,21	11,86
— Bußgeldsachen		0,14	0,53	0,23
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	14,05****	3,30	1,76	3,27
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	10,76	11,15	10,93	7,28
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	161,18	167,52	172,98	168,99
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	108,23	117,78	110,96	103,69
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	95,69	104,10	97,73	89,76
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	60,06	75,55	71,52	65,32
*** einschl. Strafrichter				
**** einschl. Jugendrichter				

noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	10,23	12,33		
./.. Urt.d.Strafrichters**			9,03	9,05
./.. Urt.d.Schöffengerichts**			4,51	3,44
— Kleine Jugendkammern**			0,25	0,14
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	16,65	6,50	3,25	2,75
— Große Strafvollstreckungskammern	8,75	9,72	9,17	9,06
— Kleine Strafvollstreckungskammern	—	—	—	—
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	—	—	—	—
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	12,54	13,68	13,23	13,93
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	3,25	3,00	2,75	3,00
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	75,75	87,75	80,75	74,63
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	9,64	9,91	12,01	11,13
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	0,02	0,02	0,05	0,04
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	7,64	1,70	2,52	2,39
— sonstigen Angelegenheiten	1,98	8,19	9,44	8,70
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	—	—	—	—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	3,20	2,49	2,64	2,25
* bis 1993				
** ab 1994 aufgliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Hessen</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	209,19	211,89	213,47	207,83
d a v o n als				
Strafrichter	116,49	116,09	119,38	116,72
d a v o n in				
— Strafsachen	83,40	81,55	83,68	81,18
— Bußgeldsachen	33,09	34,54	35,70	35,54
Vorsitz. eines Schöffengerichts	39,63	39,07	37,85	35,39
Jugendrichter	32,34	33,74	32,84	32,56
d a v o n in				
— Strafsachen	28,35	29,76	28,48	27,09
— Bußgeldsachen	3,99	3,98	4,36	5,47
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	20,73	22,99	23,40	23,16
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	25,96	26,22	24,15	24,14
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	378,73	369,03	372,69	359,33
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	172,07	161,26	154,40	146,17
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	109,06	112,50	106,30	100,18
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	52,69	65,90	63,63	58,14
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	10,85	18,98		
./. Urt.d.Strafrichters**			9,06	11,88
./. Urt.d.Schöffengerichts**			10,94	8,98
— Kleine Jugendkammern**			1,50	1,45
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	35,30	18,13	12,03	11,00
— Große Strafvollstreckungskammern	4,06	2,44	1,96	1,69
— Kleine Strafvollstreckungskammern	6,16	7,05	7,18	7,04
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	32,72	20,28	19,74	19,94
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	30,29	28,48	28,36	26,05
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	3,55	3,20	3,13	3,15
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	103,27	103,13	102,47	96,20
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	17,82	17,87	18,12	17,79
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	4,00	4,00	4,00	4,50
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	9,67	9,71	9,88	9,30
— sonstigen Angelegenheiten	4,15	4,16	4,24	3,99
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,25	0,34	0,34	0,17
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	10,87	10,16	9,50	9,50
* bis 1993				
** ab 1994 aufgliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren			48,00	55,85
d a v o n als				
Strafrichter			21,84	24,74
d a v o n in				
— Strafsachen			17,25	18,58
— Bußgeldsachen			4,59	6,16
Vorsitz. eines Schöffengerichts			5,00	4,68
Jugendrichter			14,27	17,69
d a v o n in				
— Strafsachen			12,82	16,66
— Bußgeldsachen			1,45	1,03
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.			6,89	8,74
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			6,59	8,32
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			98,30	112,05
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen			33,58	32,74
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)			30,42	29,73
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern			22,29	22,63
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*				
./. Urt.d.Strafrichters**			1,92	1,05
./. Urt.d.Schöffengerichts**			0,68	1,62
— Kleine Jugendkammern**			0,84	0,30
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern			3,34	3,12
— Große Strafvollstreckungskammern			0,42	0,14
— Kleine Strafvollstreckungskammern			0,93	0,87
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen			0,13	—
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG			3,03	3,01
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren			1,38	1,51
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			27,25	28,00
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren			2,06	2,63
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen			0,08	0,10
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)			0,88	1,10
— sonstigen Angelegenheiten			1,10	1,43
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			0,63	0,05
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			2,75	4,90
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Niedersachsen</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	246,51	254,78	250,30	231,83
d a v o n a l s				
Strafrichter	129,47	138,02	143,28	138,27
d a v o n i n				
— Strafsachen	88,39	96,10	97,09	95,35
— Bußgeldsachen	41,08	41,92	46,19	42,92
Vorsitz. eines Schöffengerichts	45,64	44,32	36,93	28,89
Jugendrichter	42,12	42,85	44,27	41,42
d a v o n i n				
— Strafsachen	38,54	39,43	40,71	38,04
— Bußgeldsachen	3,58	3,42	3,56	3,38
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	29,28	29,59	25,82	23,25
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	36,49	34,61	32,37	32,04
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	505,30	510,12	511,41	490,29
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	180,79	164,05	161,37	160,84
d a v o n i n				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	132,33	115,89	111,04	109,17
d a v o n i n				
erstinstanzlichen Kammern	61,74	66,33	62,25	64,77

noch Landgericht(e)				
— kleine Strafkammern*	15,12	25,16		
./.. Urt.d.Strafrichters**			16,39	14,71
./.. Urt.d.Schöffengerichts**			8,56	7,88
— Kleine Jugendkammern**			1,70	1,77
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	48,79	15,66	12,83	10,77
— Große Strafvollstreckungskammern	3,81	1,84	1,91	1,87
— Kleine Strafvollstreckungskammern	2,87	6,90	7,40	7,40
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	12,67	14,78	14,98	18,91
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	35,79	33,38	35,35	32,76
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	3,37	2,66	2,49	2,43
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	117,40	113,37	107,99	102,54
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	28,45	29,06	30,50	28,81
d a v o n i n				
— erstinstanzlichen Sachen	8,20	8,78	9,20	5,93
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	12,55	12,64	14,00	15,29
— sonstigen Angelegenheiten	7,70	7,64	7,30	7,59
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	11,04	10,66	12,28	11,46
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Nordrhein-Westfalen</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	560,82	569,96	567,50	571,94
d a v o n a l s				
Strafrichter	295,43	300,70	306,80	315,19
d a v o n i n				
— Strafsachen	204,83	210,23	216,66	222,66
— Bußgeldsachen	90,60	90,47	90,14	92,53
Vorsitz. eines Schöffengerichts	110,02	114,27	108,58	102,24
Jugendrichter	87,46	86,34	83,04	85,51
d a v o n i n				
— Strafsachen	79,41	78,50	75,83	77,58
— Bußgeldsachen	8,05	7,84	7,21	7,93
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	67,91	68,65	69,08	69,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	89,49	86,10	86,19	87,38
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	1 102,88	1 105,37	1 114,75	1 109,87
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	437,32	424,25	395,29	392,99
d a v o n i n				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	333,81	305,30	290,97	287,80
d a v o n i n				
erstinstanzlichen Kammern	176,82	166,67	152,69	149,42
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	30,71	57,30		
./, Urt.d.Strafrichters**			34,32	37,80
./, Urt.d.Schöffengerichts**			24,76	24,00
— Kleine Jugendkammern**			5,01	4,92
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	91,79	49,32	41,28	39,76
— Große Strafvollstreckungskammern	13,39	7,71	5,90	5,46
— Kleine Strafvollstreckungskammern	21,10	24,30	27,01	26,44
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	24,49	30,87	24,39	22,62
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	79,02	88,08	79,93	82,57
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	12,59	12,21	11,35	10,31
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	330,21	324,39	312,39	308,92
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	59,10	62,08	54,29	50,96
d a v o n i n				
— erstinstanzlichen Sachen	20,20	23,06	17,03	13,65
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	14,79	14,93	14,85	16,79
— sonstigen Angelegenheiten	24,11	24,09	22,41	20,52
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,54	0,16	0,17	0,16
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	21,04	22,59	20,73	19,17
* bis 1993				
** ab 1994 aufgliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Rheinland-Pfalz</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	119,22	117,29	112,97	112,95
d a v o n als				
Strafrichter	69,06	66,10	68,85	70,07
d a v o n in				
— Strafsachen	49,76	48,41	50,76	51,55
— Bußgeldsachen	19,30	17,69	18,09	18,52
Vorsitz. eines Schöffengerichts	23,39	24,51	20,93	19,18
Jugendrichter	15,51	14,92	13,42	13,74
d a v o n in				
— Strafsachen	13,80	13,24	11,72	12,15
— Bußgeldsachen	1,71	1,68	1,70	1,59
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	11,26	11,76	9,77	9,96
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	14,61	13,22	13,68	13,52
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	223,11	223,54	218,20	217,96
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	99,58	94,26	95,06	90,21
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	73,39	72,90	68,31	65,52
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	31,69	34,39	38,51	34,24

noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	9,01	15,73		
./. Urt.d.Strafrichters**			7,22	6,78
./. Urt.d.Schöffengerichts**			7,34	6,65
— Kleine Jugendkammern**			0,75	1,53
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	26,10	15,75	10,09	11,27
— Große Strafvollstreckungskammern	3,64	1,38	1,19	1,07
— Kleine Strafvollstreckungskammern	2,95	5,65	3,21	3,98
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	7,39	4,94	10,73	10,04
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	18,80	16,42	16,02	14,65
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	2,07	2,12	1,99	1,98
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	65,59	62,92	60,39	59,54
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	13,01	13,57	12,73	10,21
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	3,40	1,50	1,20	2,00
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	4,20	4,90	4,75	3,24
— sonstigen Angelegenheiten	5,41	7,17	6,78	4,97
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,15	0,15	0,15	0,15
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	4,98	4,10	5,35	6,10
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Saarland</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	37,33	38,11	34,99	34,34
d a v o n als				
Strafrichter	20,99	22,20	20,52	20,65
d a v o n in				
— Strafsachen	13,44	14,97	14,22	14,56
— Bußgeldsachen	7,55	7,23	6,30	6,09
Vorsitz. eines Schöffengerichts	6,76	7,32	5,97	5,21
Jugendrichter	5,03	4,99	3,92	4,14
d a v o n in				
— Strafsachen	4,56	4,56	3,57	3,81
— Bußgeldsachen	0,47	0,43	0,35	0,33
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	4,55	3,60	4,58	4,34
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	3,74	3,88	3,70	3,73
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	69,27	70,96	68,64	63,85
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	17,95	18,70	17,20	18,00
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	12,78	12,58	11,79	13,70
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	6,28	7,08	5,95	8,25
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	2,00	3,00		
./ . Urt.d.Strafrichters**			1,30	1,40
./ . Urt.d.Schöffengerichts**			1,70	1,60
— Kleine Jugendkammern**			0,44	0,10
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	2,50	0,50	0,44	0,80
— Große Strafvollstreckungskammern	0,50	0,50	0,44	0,23
— Kleine Strafvollstreckungskammern	1,50	1,50	1,52	1,32
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	3,17	5,12	4,41	3,30
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	2,00	1,00	1,00	1,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	0,35	0,40	0,40	0,40
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	12,72	13,50	13,12	13,04
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	3,13	3,38	3,03	2,75
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	—	—	—	—
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	1,25	1,15	1,20	1,04
— sonstigen Angelegenheiten	1,88	2,23	1,83	1,71
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	—	—	—	—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	1,00	1,42	1,45	1,00
* bis 1993				
** ab 1994 aufgliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Sachsen</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren				122,71
d a v o n als				
Strafrichter				63,45
d a v o n in				
— Strafsachen				53,95
— Bußgeldsachen				9,50
Vorsitz. eines Schöffengerichts				13,07
Jugendrichter				28,55
d a v o n in				
— Strafsachen				26,08
— Bußgeldsachen				2,47
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.				17,64
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren				17,84
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)				245,67
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen				72,10
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)				58,36
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern				38,56
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*				4,52
./.. Urt.d.Strafrichters**				5,44
./.. Urt.d.Schöffengerichts**				3,14
— Kleine Jugendkammern**				2,81
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern				
— Große Strafvollstreckungskammern				1,15
— Kleine Strafvollstreckungskammern				2,74
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen				5,78
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG				7,96
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren				2,39
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)				50,36
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren				5,10
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen				—
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)				0,56
— sonstigen Angelegenheiten				4,54
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren				—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)				2,00
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Sachsen-Anhalt</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren			59,55	67,79
d a v o n als				
Strafrichter			27,62	30,91
d a v o n in				
— Strafsachen			22,14	23,51
— Bußgeldsachen			5,48	7,40
Vorsitz. eines Schöffengerichts			7,53	8,06
Jugendrichter			15,88	19,04
d a v o n in				
— Strafsachen			14,17	16,54
— Bußgeldsachen			1,71	2,50
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.			8,52	9,78
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			9,49	8,97
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			141,08	148,37
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen			42,80	42,40
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)			32,19	33,75
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern			22,23	22,99

<u>noch Landgericht(e)</u>				
— Kleine Strafkammern*			1,54	1,97
./. Urt.d.Strafrichters**			1,89	1,13
./. Urt.d.Schöffengerichts**			2,33	3,40
— Kleine Jugendkammern**			2,39	2,45
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern				
— Große Strafvollstreckungskammern			0,20	0,28
— Kleine Strafvollstreckungskammern			1,61	1,59
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen			5,24	1,87
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG			5,37	6,78
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren			0,62	0,69
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			27,36	31,66
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren			2,00	2,00
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen			—	—
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)			0,60	0,60
— sonstigen Angelegenheiten			1,40	1,40
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			—	—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			1,10	1,10
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Schleswig-Holstein</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	81,60	81,81	77,90	76,62
d a v o n a l s				
Strafrichter	45,57	46,83	44,23	45,50
d a v o n i n				
— Strafsachen	34,25	35,45	33,26	34,91
— Bußgeldsachen	11,32	11,38	10,97	10,59
Vorsitz. eines Schöffengerichts	12,69	11,32	10,24	8,56
Jugendrichter	14,76	14,75	14,61	13,69
d a v o n i n				
— Strafsachen	13,08	13,36	13,05	12,25
— Bußgeldsachen	1,68	1,39	1,56	1,44
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	8,58	8,91	8,82	8,87
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	12,42	12,28	11,36	10,66
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	186,03	180,72	174,01	167,33
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	61,10	56,70	61,20	55,05
d a v o n i n				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	41,40	35,15	39,00	34,60
d a v o n i n				
erstinstanzlichen Kammern	19,65	16,25	20,95	20,80
noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*	4,25	5,60		
./. Urt.d.Strafrichters**			3,95	4,30
./. Urt.d.Schöffengerichts**			1,85	1,85
— Kleine Jugendkammern**			0,45	0,75
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	13,50	9,70	8,15	3,35
— Große Strafvollstreckungskammern	1,70	1,30	0,80	0,65
— Kleine Strafvollstreckungskammern	2,30	2,30	2,85	2,90
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	6,10	6,45	8,80	8,75
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	13,60	15,10	13,40	11,70
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	1,65	1,15	1,05	1,15
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	41,90	41,15	40,65	40,20
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	6,15	8,05	8,10	8,10
d a v o n i n				
— erstinstanzlichen Sachen	0,26	3,02	2,22	3,13
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	2,02	1,81	2,46	2,64
— sonstigen Angelegenheiten	3,87	3,22	3,42	2,33
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	4,00	3,00	3,50	3,50
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>Thüringen</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren			74,68	78,48
d a v o n als				
Strafrichter			36,91	38,89
d a v o n in				
— Strafsachen			22,89	24,83
— Bußgeldsachen			14,02	14,06
Vorsitz. eines Schöffengerichts			9,14	8,21
Jugendrichter			16,87	18,43
d a v o n in				
— Strafsachen			14,94	16,85
— Bußgeldsachen			1,93	1,58
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.			11,76	12,95
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			9,34	10,37
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			125,29	136,96
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen			50,92	41,66
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)			48,72	38,21
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern			33,79	23,99

noch Landgericht(e)				
— Kleine Strafkammern*				
./ . Urt.d.Strafrichters**			2,49	2,55
./ . Urt.d.Schöffengerichts**			1,95	3,01
— Kleine Jugendkammern**			1,87	0,26
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern			7,46	6,74
— Große Strafvollstreckungskammern			0,26	0,37
— Kleine Strafvollstreckungskammern			0,90	1,29
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen			0,63	0,45
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG			1,57	3,00
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren			2,36	1,37
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			34,01	32,58
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren			3,50	3,95
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen			—	—
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)			3,30	3,80
— sonstigen Angelegenheiten			0,20	0,15
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren			—	—
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)			1,81	1,75
* bis 1993				
** ab 1994 aufgegliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

noch: Tabelle zu den Fragen 19.1, 19.2: Personaleinsatz bei den Strafgerichten

Es waren durchschnittlich tätig:	1 9 9 2	1 9 9 3	1 9 9 4	1 9 9 5
<u>i n s g e s a m t</u>				
Amtsgerichte				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	2 146,58	2 174,04	2 403,29	2 549,42
d a v o n als Strafrichter	1 180,01	1 256,48	1 397,61	1 508,57
d a v o n in				
— Strafsachen	841,66	902,72	1 006,91	1 102,38
— Bußgeldsachen	338,35	353,76	390,70	406,19
Vorsitz. eines Schöffengerichts	412,77	358,18	353,17	332,13
Jugendrichter	330,98	340,37	398,72	431,94
d a v o n in				
— Strafsachen	296,91	307,22	359,67	389,37
— Bußgeldsachen	34,07	33,15	39,05	42,57
Vorsitz. eines Jugendschöffenger.	222,82	219,01	253,79	276,78
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	334,31	325,88	353,93	376,52
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	4 259,02	4 296,37	4 806,65	5 042,93
Landgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Strafsachen	1 676,66	1 613,11	1 741,70	1 781,32
d a v o n in				
Strafsachen (ohne erstinstanzliche Strafsachen mit mehr als 10 HV-Tagen und ohne Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG)	1 278,27	1 218,82	1 326,49	1 342,19
d a v o n in				
erstinstanzlichen Kammern	643,69	679,02	751,61	767,81

<u>noch Landgericht(e)</u>				
— Kleine Strafkammern*	157,22	236,37	155,30	165,79
./.. Urt.d.Strafrichters**			97,44	95,93
./.. Urt.d.Schöffengerichts**			29,54	31,73
— Kleine Jugendkammern**			173,71	160,00
— sonst. Berufungs- und Beschwerdekammern	359,00	187,91		
— Große Strafvollstreckungskammern	51,09	35,00	30,69	28,65
— Kleine Strafvollstreckungskammern	67,27	80,52	88,20	92,28
Verfahren 1. Inst. mit mehr als 10 HV-Tagen	117,83	112,05	129,66	145,76
Wirtschaftsstrafsachen nach § 74c GVG	280,56	282,24	258,13	293,37
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Strafverfahren	42,58	41,08	45,88	45,85
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	1 127,90	1 129,97	1 229,62	1 254,13
Oberlandesgericht(e)				
a) Richterinnen/Richter in Straf- und Bußgeldverfahren	223,45	230,74	238,58	233,49
d a v o n in				
— erstinstanzlichen Sachen	54,38	62,37	56,37	50,73
— Rev.- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG)	86,31	77,84	89,62	90,67
— sonstigen Angelegenheiten	82,76	90,53	92,59	92,09
b) Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger in Straf- und Bußgeldverfahren	2,48	2,30	2,10	2,02
c) "Folgepersonal" (= mittlerer Dienst und Schreibdienst)	98,67	96,40	102,12	103,20
* bis 1993				
** ab 1994 aufgliedert nach Art des angefochtenen Urteils				

Tabelle zu Frage 20.1:
Annahmeberufung gem. § 313 Abs. 1 StPO insgesamt

	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg			297	152
Bayern			155	132
Berlin			188	60
Brandenburg			3	26
Bremen			-	17
Hamburg			-	71
Hessen			39	48
Mecklenburg-Vorp.				7
Niedersachsen			178	103
Nordrhein-Westfalen			201	187
Rheinland-Pfalz			62	*
Saarland			-	-
Sachsen			-	22
Sachsen-Anhalt			9	11
Schleswig-Holstein			26	*
Thüringen			8	9
Insgesamt			1.166	845

* keine verwertbare Angabe

Quelle: Statistisches Bundesamt
 Arbeitsunterlage Strafgerichte
 1994 und 1995: Seite 58 bis 59, Zeile 12

Tabelle zu Frage 20.2:
Annahme der Berufung gem. § 313 Abs. 2 Satz 1 StPO

	1992	1993	1994	1995
Baden-Württemberg			186	47
Bayern			59	15
Berlin			160	22
Brandenburg			3	14
Bremen			-	13
Hamburg			-	56
Hessen			4	13
Mecklenburg-Vorp.				0
Niedersachsen			102	22
Nordrhein-Westfalen			48	24
Rheinland-Pfalz			9	*
Saarland			-	-
Sachsen			-	5
Sachsen-Anhalt			6	6
Schleswig-Holstein			8	*
Thüringen			8	7
Insgesamt			593	244

* keine verwertbare Angabe

Quelle: Statistisches Bundesamt
 Arbeitsunterlage Strafgerichte
 1994 und 1995:
 Seite 58 bis 59, Zeile 12,
 Seite 60 bis 61, Zeile 24